Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inſertionsgebühr für den Raum einer ſechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenſtraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Poſt-Anſtalten Beſtellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erſcheint.

Nr. 76. Mittag-Ausgabe. Zweiundſechszigſter Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. Dinstag, den 15. Februar 1881.

Die Regierung und die Steuererlaß-Frage in der Budget-Commiſſion des Herrenhauſes.

Unſer Berliner =-Correſpondent berichtet:

Seitens der Budgetcommiſſion des Herrenhauſes iſt nun auch durch Herrn von Tettau über den dauernden Steuererlaß berichtet worden, den die Commiſſion bekanntlich abgelehnt hat. Danach lautete die Erklärung der Regierungs-Commiſſarien, wie folgt: „Die Stellung des Finanzminiſters zu dem Steuererlaß von 14 Millionen ſei im Allgemeinen folgende: Das zeitige Vorhandenſein eines Deficits im Staatshaushaltsetat ſtehe dieſem Erlaß nicht entgegen. Es komme zunächſt in Betracht, daß, wenn die theils unmittelbar, theils mittelbar productiven Ausgaben, insbeſondere diejenigen für Eiſenbahnen und größere Waſſerbauten abgerechnet würden, der Betrag des Deficits im Etat pro 1881/82 ſich von 28 auf circa 10 Millionen vermindere, eine Summe, die gegenüber einer Geſammtetatsſumme von 900 bis 1000 Millionen Mark nicht erheblich erſcheine. Ferner ſtehe dem Deficit eine entſchiedene Beſſerung der Finanzlage gegenüber, die deſſen baldiges völliges Verſchwinden erhoffen laſſe. Dieſe Beſſerung beruhe insbeſondere auf einem fortwährenden Steigen der Ueberſchüſſe aus den großen Betriebsverwaltungen des Staates, bei denen ſich ultimo December v. J. im Vergleich zu demſelben Zeitpunkt des Vorjahres ein Plus von ca. 22 Millionen Mark ergeben habe, und darauf, daß die Reichszölle und die Tabaksſteuer, insbeſondere vom October v. J. ab ſteigende, über die Voranſchläge hinausgehende Erträge in Ausſicht ſtellten . . . Dieſes Geſetz ſei die Conſequenz einer ausdrücklichen Zuſicherung der Königl. Staatsregierung geweſen, um den ärmeren Volksklaſſen eine Erleichterung für den aus den neuen Zöllen treffenden Druck zu gewähren und habe daher um ſo mehr möglichſt raſch ausgeführt werden müſſen, als bei Erlaß des Geſetzes eine baldige Beſeitigung des Deficits gar nicht habe vorausgeſehen werden können.“ Ein anderer Regierungscommiſſar führt u. A. aus: „Wenn die Staatsregierung auch den von ihr eingeſchlagenen Weg der etatsmäßigen Bewilligung des Steuererlaſſes für beſſer und ſicherer hielt, ſo hatte ſie doch um ſo weniger Veranlaſſung, dem im Abgeordnetenhauſe angenommenen Geſetzentwurfe entgegenzutreten, als derſelbe nichts weiter enthielt, als die geſetzliche Fixirung ihrer eigenen Abſichten.“ Er ſei zu der Erklärung ermächtigt, daß der Finanzminiſter in Uebereinſtimmung mit dem Präſidenten des Staatsminiſteriums den größten Werth auf die Annahme der Vorlage in Rede legt.

Deutſchland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

61. Sitzung des Abgeordnetenhauſes vom 14. Februar.

11 Uhr. Am Miniſtertiſche Lucius, Bitter, Maybach, Friedberg und Commiſſarien.

Auf der Tagesordnung ſteht die dritte Leſung des Geſetzentwurfes über gemeinſchaftliche Holzungen.

Abg. Knebel wünſcht eine beſtimmte Zuſicherung, daß durch dieſes Geſetz die bereits beſtehenden genoſſenſchaftlichen Forſten nicht alterirt werden ſollen, und wünſcht einen klaren Aufſchluß über das Verhältniß dieſes Geſetzes zu dem Waldſchutzgeſetze vom Jahre 1875.

Miniſter Dr. Lucius: Die Zuſicherung, daß keine übermäßigen Eingriffe in die Bewirthſchaftung der genoſſenſchaftlichen Forſten geſchehen, daß vielmehr die beſtehenden geordneten Verhältniſſe reſpectirt werden ſollen, glaube ich ertheilen zu können. Eine Colliſion dieſes Geſetzes mit dem von 1875 iſt kaum zu befürchten. Das von 1875 handelt von Schutzwaldungen, die in dieſem Geſetz überhaupt nicht berührt werden und von Waldgenoſſenſchaften, welche ganz andere Verhältniſſe vorausſetzen. Die Waldgenoſſenſchaften ſchaffen Wiedervereinigungen, während das vorliegende Geſetz ſich auf noch nicht getheilte Waldungen bezieht.

Die Vorlage wird genehmigt.

Darauf wird der Geſetzentwurf, betreffend das Pfandleihgewerbe, nach den Beſchlüſſen der zweiten Leſung in dritter Leſung genehmigt. Ein Abänderungsantrag des Abg. Bohtz, bei der Zinſenberechnung ſtets nur einen Betrag in vollen Mark zur Anrechnung zu bringen, wird abgelehnt, zumal der Antragſteller nicht anweſend war, um ihn zu vertheidigen.

In der Generaldiscuſſion zur dritten Berathung des Geſetzentwurfes, betreffend die Herſtellung mehrerer Eiſenbahnen untergeordneter Bedeutung erhält das Wort

Abg. Berger (Witten): Wenn es wahr iſt, daß die Selbſtverwaltungsbehörden, die bei den im vorigen Jahre bewilligten Secundärbahnen betheiligt ſind, der Regierung ſehr wenig entgegen gekommen ſeien, namentlich die Geſtattung der Mitbenutzung von Communalchauſſeen und die unentgeltliche Hergabe von Grund und Boden verweigert haben, dann muß ſie der Ausdehnung des Secundärbahnnetzes Einhalt thun, bis die richtige Erkenntniß bei den betreffenden Behörden eingetreten iſt. Sodann beſpricht der Redner den Nothſtand in der Eifel. Im Kreiſe Montjoie hat die Bevölkerung ſich von 1858—1875 um 12 Procent vermindert, während die Geſammtbevölkerung des Landes um 18 Procent zunahm. Dieſer Kreis war der einzige der Monarchie, in welchem bei der neuen Umlage vor zwei Jahren eine Ermäßigung der Gebäudeſteuer um 14 Procent eingetreten iſt. In Folge des Mangels aller modernen Communicationsmittel iſt die dortige Tuch- und Lederinduſtrie erheblich zurückgegangen und die Fabrikation gewalzter eiſerner Röhren aus der Eifel nach Düſſeldorf ausgewandert. Die Disconto-Geſellſchaft hat dort das Bleiwerk Bleialf in der Erwartung fortgeführt, daß die nothwendigen Bahnen gebaut werden würden. Das iſt nicht geſchehen, und deshalb in dieſem Jahre zum ſchweren Nachtheil für die Arbeiter und die betreffenden Kreiſe der Betrieb definitiv eingeſtellt worden. Durch die beiden vorgeſchlagenen kleinen Bahnen wird der Gegend nur dann wirklich geholfen, wenn ſie zu einer durchgehenden Bahn verbunden werden.

Die Eifel wurde ſeit langer Zeit von dem Project einer Bahn bewegt, die von Aachen und Stolberg herunterkommend, über das hohe Venn ſich in Ulflingen (Groß. Luxemburg) an die von den elſäſſiſchen Bahnen verwalteten Eiſenbahnen anſchließen ſollte. Der Miniſter bedauerte, daß dies Project ſich nicht zerſchlagen habe wegen mangelnder Bereitwilligkeit der preußiſchen oder der Reichsregierung, ſondern weil von der andern Seite Bedingungen geſtellt wurden, welche für die Regierung beim Stande ihres Staatscredits unannehmbar waren. Der Redner weiſt nach, daß dies nicht der Fall geweſen ſei, während v. Kameke und Graf Moltke ſich lebhaft dafür intereſſirt haben. Denn, daß die Franzoſen bei einem etwaigen Kriege die Neutralität Belgiens nicht reſpectiren und in der Richtung auf Köln vorgehen würden, iſt nicht etwa die Anſicht eines Laien, ſondern militäriſcher Kreiſe. Das Comite hatte früher 5 Procent Zinſen für ſeine Bahn verlangt, abgeſehen von ſeinen ſehr koſtſpieligen Vorarbeiten, zu einer Zeit, wo der landesübliche Zinsfuß noch 5 Procent betrug und man nicht ahnen konnte, daß preußiſche Conſols über pari zu begeben ſein würden. Jetzt würde man billigere Bedingungen erlangen.

Miniſter Maybach: Bei den im vorigen Jahre bewilligten Secundärbahnen ſind wir hinſichtlich der von den Intereſſenten zu erfüllenden Bedingungen allerdings theilweiſe auf Hinderniſſe geſtoßen, ſodaß mit dem Bau nicht vorgegangen werden konnte, weil derſelbe, wie in dieſem Geſetz, von der Erfüllung dieſer Bedingungen abhängig gemacht war. In Oſtfriesland z. B. verweigerte man die Mitbenutzung der Chauſſeen, weil der dortige Pferdeſtand dieſelbe nicht vertragen könne. Ich denke, daß die Nervoſität der Pferde in Oſtfriesland nicht größer ſein wird, als in andern Orten und daß auch dort der Bau der Bahn bald begonnen werden kann. Hier und da haben wir auch bei den Grundbeſitzern eigenſinnige Erſchwerungen für die Hergabe des Grund und Bodens gefunden, ſo daß wir nothwendiger Weiſe zum Expropriationsverfahren veranlaßt wurden. Ich hoffe aber, daß auch in dieſer Beziehung die Erkenntniß fortſchreiten wird, um namentlich in denjenigen Gegenden, wo es ſich um Beſeitigung von Nothſtänden handelt, der Staatsregierung bereitwillig entgegenzukommen. Was nun ſpeciell die Eifel angeht, ſo glaube ich zu den Erſten zu gehören, die mit Hand angelegt haben, dort kräftige Aufhilfe zu gewähren. Es wird dort bereits mit der Ausführung von Seitenlinien nach der belgiſchen und luxemburgiſchen Grenze begonnen. Wenn hervorgehoben worden, daß die an dieſen Arbeiten betheiligten Geſellſchaften theilweiſe zum Stillſtand gekommen ſind, weil man Jahre lang vergeblich auf weitere Ausführung der begonnenen Bahnen gewartet hätte, ſo gebe ich zu, daß wir allerdings nicht ſtille ſtehen bleiben dürfen, ſondern nach St. Wirth weiter bauen müſſen.

Allerdings hat bisher noch keine Zuſicherung ſtattgefunden. Auch über die Fortführung der Linie nach Bleialf iſt trotz der entgegenſtehenden Gerüchte der Preſſe noch nicht verhandelt worden. Für die Linie Stolberg-Montjoie intereſſirt ſich übrigens die Regierung auf das Allerlebhafteſte, und zwar nicht nur aus militäriſchen Rückſichten, da dieſelbe in dem neutraliſirten luxemburgiſchen Gebiete gelegen und ſowohl das Intereſſe des Aufſchluſſes der Gegend und des Anſchluſſes der Städte Montjoie und Malmedy an das deutſch-preuß. Eiſenbahnnetz, als auch das der Kohleninduſtrie für ſich hat. Die uns früher geſtellten Bedingungen waren, wie ich bereits bei früheren Berathungen auseinandergeſetzt habe, für uns unannehmbar. Man verlangte einen geſicherten Zinsſatz von 4,9 pCt., worauf nicht einzugehen war. Wenn nun jetzt, nach den Aeußerungen des Abg. Berger, Ausſicht auf billigere Bedingungen geſtellt iſt, ſo heiße ich das ſehr willkommen. Die Frage aber, wie wir dieſen Theil der Eifel aufſchließen, wird durch dieſe Linie nicht allein gelöſt, es müſſen noch einige Querlinien hinzukommen. Dies wird am Beſten durch Fortſetzung einer oder der beiden von uns vorgelegten Linien gelingen. Vorausſetzung hierzu iſt allerdings eine Verbindung nach der anderen Seite des Rheines hin. Dann erſt können wir die Eifel für genügend aufgeſchloſſen halten.

Abg. v. Minnigerode: Ich muß dem Grundgedanken dieſes Geſetzes gegenüber meine volle Anerkennung ausſprechen. Bei dem gemiſchten Eiſenbahnſyſtem meinte man, daß allen Schäden dadurch abgeholfen werde, daß der Staat da eintrete, wo die Privatinduſtrie ſich nicht bereit finde. Der Staat beſaß in Folge deſſen nur die unrentablen Linien und konnte mit den geringen Ueberſchüſſen derſelben nicht viel für weniger productive Unternehmungen aufwenden. Seitdem der Staat durch den Erwerb gut rentirender Linien über ein viel flexibleres Eiſenbahnbudget verfügt, kann er für das locale Intereſſe mehr thun. Das iſt eben die Aufgabe der Geſammtheit, für die zurückgebliebenen Landestheile zu ſorgen. In demſelben Maße, wie in der Eifel, iſt das Bedürfniß nach ſolcher Staatshilfe auch im Oſten vorhanden, und auch dort wird das vom Staat aufgewendete Capital, wie ich ſicher erwarte, ſegensreiche Früchte bringen. Ich ſetze als ſelbſtverſtändlich voraus, daß die Bahn von Bütow nach Zollbrück demnächſt in der Richtung auf Dirſchau und die zwiſchen Dirſchau und Danzig liegenden Punkte fortgeführt wird. Dort iſt ein Flächeninhalt von 200 Quadratmeilen noch ohne Eiſenbahnen und auch im militäriſchen Intereſſe ſind neue Durchgangslinien erforderlich. Ebenſo ſelbſtverſtändlich iſt die Fortſetzung der Linie Allenſtein-Johannisburg nach Lyck; für die Stadt Königsberg, die durch die ruſſiſche Zollſperre zur Zeit entſchieden geſchädigt iſt, iſt im localen und im großen merkantilen Intereſſe eine Bahn nach Labiau mit der Fortſetzung weiter nach Rußland hinein erforderlich, die eine weſentliche Abkürzung in der Richtung auf die ruſſiſchen Oſtſeehäfen herbeiführen und ſo ganz neue Handelswege localer Art für Königsberg aufſchließen würde. Die Regierung intereſſirt ſich lebhaft für dieſes Project, ſo daß es demnächſt wohl eine Verwirklichung zu erhoffen hat.

Eben ſo ſteht es mit einer Fortſetzung der Bahn durch Ermeland von Allenſtein nach Mlawa, welche Königsberg direct mit dem Herzen von Polen verbinden würde. Endlich bedarf die Zuckerinduſtrie im Weichſeldelta, welche von großer Bedeutung zu werden verſpricht, einer Anſchlußbahn von etwa 21 Kilometern an die Oſtbahn. Die Intereſſenten ſind zu namhaften Opfern durch unentgeltliche Hergabe von Grund und Boden bereit und es liegt in der Natur der Sache, daß der Staat, der das ganze dortige Bahnnetz ſchon beſitzt, auch dieſe Stichbahn ausführt. Dieſelben Intereſſen, wie im Weſten, nämlich theils wirthſchaftliche, theils militäriſche, ſind für uns maßgebend, um den zurückgebliebenen Gegenden endlich die Wohlthaten eines eingehenden Eiſenbahnverkehrs zu verſchaffen. Es ſollte zwar an ſich nahe liegen, in ſolchen Gegenden mit ſehr paſſagerem Bahnbau vorzugehen, aber mit Rückſicht auf eine unter Umſtänden nicht allzuferne wirthſchaftliche Entwickelung und das militäriſche Intereſſe kann ein zu geringer Aufwand leicht ein größerer Mißgriff ſein als ein zu großer Aufwand. Wir können uns alle freuen, daß die Angelegenheiten in ſo ſachkundiger, wohlwollender, energiſcher Hand liegen. (Beifall rechts.)

Zu § 1 erneuert der Abg. Borowski wieder den bereits in der zweiten Leſung abgelehnten Antrag des Abg. Gajewski, als Staatszuſchuß zu den Grunderwerbskoſten für die Bahn Allenſtein-Johannisburg 65,000 M. zu bewilligen, da der Kreis Allenſtein mit Recht die Beſchaffung dieſer Koſten für die ihn ſehr wenig, den Staat aber wegen der Forſten und aus militäriſchen Gründen ſtark intereſſirende Bahn verweigere.

Reg.-Rath Micke widerſpricht dem Antrage, da von dem Kreiſe die Beſchaffung des Terrains gar nicht verlangt werde.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu § 3 erklärt Abg. Hammacher, daß er gegen die Vernichtung der im Beſitze der verſtaatlichten Bahnen befindlichen Prioritäten nichts mehr einzuwenden habe, nachdem die Regierung in der zweiten Leſung Erklärungen abgegeben hat, aus denen hervorgeht, daß dieſelbe den Staat noch nicht als den Eigenthümer dieſer Bahnen anſieht.

Geh. Finanzrath Schmidt conſtatirt das Einverſtändniß der Regierung mit dieſer Auffaſſung.

Das ganze Geſetz wird unverändert angenommen.

Der Geſetzentwurf betr. die Vereinigung der Landgemeinde Oberbonsfeld mit der Stadtgemeinde Langenberg, ſowie der Landgemeinden Oberſtoppel und Unterſtoppel und des fiskaliſchen Forſtbezirks Oberförſterei Burghaun, Kreiſes Hersfeld, mit dem Kreiſe Hersfeld, wird nach längeren Bemerkungen der Abgg. Löwe (Bochum), Götting, von Heereman und Bohtz in dritter Leſung ohne Aenderung genehmigt.

Es folgt die erſte und zweite Berathung des Geſetzentwurfs betreffend die Wiederherſtellung zerſtörter Grundbücher des Amtsgerichts in Kolberg.

Abg. Schmidt (Stettin) bedauert, daß es eines Specialgeſetzes bedarf, wenn zerſtörte Grundbücher wiederhergeſtellt werden ſollen. Schon das Feuer einer nicht ausgelöſchten Cigarre, durch welches Grundbücher beſchädigt würden, könne zu einem Specialgeſetze Veranlaſſung geben. Im Herrenhauſe iſt bereits auf die Schwerfälligkeit der Geſetzgebung hingewieſen und empfohlen, letztere durch Normativbeſtimmungen für die Wiederherſtellung zerſtörter Grundbücher zu erſetzen. Auch habe der Juſtizminiſter im Herrenhauſe auf das Bedürfniß der Veränderung im Herrenhauſe hingewieſen, jedoch ſcheine dieſer Weg dem der Verordnung vorzuziehen.

Die Vorlage wird unverändert genehmigt.

Das Haus wendet ſich der zweiten Berathung des Geſetzentwurfs betreffend den Erwerb und den weiteren Ausbau der Rhein-Nahebahn zu.

Abg. v. Wedell-Malchow: Ich beantrage, den Commiſſionsbericht und die Vorlage zur nochmaligen Berathung an die Commiſſion zurückzuverweiſen. Die Commiſſion hat den geforderten Preis für zu hoch erachtet und deshalb einſtimmig die Ablehnung der Vorlage beſchloſſen. Nun iſt mir als dem Vorſitzenden der Commiſſion und verſchiedenen anderen Mitgliedern derſelben aus dem Schoße der Regierung die Mittheilung geworden, daß der Erwerb der Bahn zu einem billigeren Preiſe als bisher in Ausſicht genommen, ſich ermöglichen würde. Unter dieſen Umſtänden empfiehlt es ſich, die Vorlage nochmals zurückzuverweiſen. Die Commiſſion dürfte auf Grund jener Mittheilungen der Regierung in der Lage ſein, dem Hauſe anderweitige Vorſchläge zu machen, die vielleicht allſeitige Billigung finden werden. Einen großen Aufwand an Zeit wird die Berathung nicht erfordern, auch wird die kurze Verzögerung der Erledigung dieſer Angelegenheit nichts ſchaden. Ich erwarte, daß die Regierung meine Anführungen beſtätigen und meinen Antrag befürworten wird.

Miniſter Maybach: Den Vorſchlag des Vorſitzenden Ihrer Eiſenbahn-Commiſſion kann die Regierung nur dankbar acceptiren und ſich damit einverſtanden erklären. Allerdings ſind in der Zwiſchenzeit Umſtände eingetreten, welche für die weitere Berathung der Sache doch von erheblicher Bedeutung ſein und, wenn auch nicht zur Annahme der Regierungsvorlage, doch Ihre Commiſſion zur Modificirung ihrer eigenen Vorſchläge beſtimmen dürfte.

Abg. Bächtemann: Die Mittheilung, daß gleich nach Beendigung der Commiſſions-Arbeiten von der Regierung Verhandlungen mit dem Vorſitzenden und einigen Mitgliedern derſelben angeknüpft ſeien, iſt gewiß ſehr intereſſant. Das Verfahren iſt jedenfalls ein neues. Ueber die Gründe dazu bin ich durch die Erklärung des Miniſters nicht klüger geworden. Ich kann nicht finden, daß der Miniſter über die Hauptfrage, nämlich über die Preisangemeſſenheit, beſondere Aufklärungen gegeben habe. Sind denn neue Verhandlungen gepflogen? Und mit wem? Erſt aus der Beantwortung dieſer Fragen wird das Haus entnehmen können, ob das Haus in die nochmalige Commiſſions-Berathung eintreten wird. Ich bitte um Ablehnung des Wedell'ſchen Antrages.

Abg. Windthorſt: Ich bitte den Antrag anzunehmen. Es iſt durchaus nicht ungewöhnlich, daß bei wichtigen Verhandlungen Ereigniſſe eintreten, die eine nochmalige vertraulichere Beſprechung angemeſſen erſcheinen laſſen. Wenn das Verlangen des Vorredners erfüllt würde, dann würden wir die Verhandlungen der Commiſſion in das Plenum verlegen. Bei den verſchiedenen hier in Betracht kommenden Intereſſen, beſonders bei der militäriſchen Bedeutung der Sache, halte ich eine nochmalige commiſſariſche Erwägung für erforderlich. Wenn die Schwierigkeiten, die jetzt der Erledigung dieſer Angelegenheit im Wege ſtehen, dadurch vermieden werden können, ſo iſt dieſes Verfahren auch durchaus angemeſſen.

Abg. Meyer (Breslau): Der Regierung iſt aus Gründen der Courtoiſie niemals verweigert worden, eine nochmalige Berathung in der Commiſſion eintreten zu laſſen, falls ſie von ihr gewünſcht wird und wir können auf dieſen Wunſch umſomehr eingehen, als ein Nachtheil aus der Berathung dieſer difficilen Angelegenheit in der Commiſſion nicht zu befürchten iſt.

Das Haus beſchließt dem Antrage v. Wedell's gemäß die Vorlage an die Commiſſion zurückzuverweiſen.

Es folgt die Berathung des aus dem Herrenhauſe zurückgekommenen Zuſtändigkeitsgeſetzes. Das Herrenhaus hat den § 7 geſtrichen, nach welchem nur der Bürgermeiſter und ſein Stellvertreter der Beſtätigung bedürfen. Dieſer Paragraph wird vom Abg. Köhler, dem Urheber dieſes Paragraphen, in zweiter Leſung wieder in folgender Form beantragt: „Fortan bedürfen von den Mitgliedern des Gemeindevorſtandes nur die Bürgermeiſter und deren regelmäßige Stellvertreter der Beſtätigung.“

Hierzu beantragen Brüel und Zelle folgenden Zuſatz: „Ueber die Giltigkeit von Wahlen ſolcher Mitglieder des Gemeinde-Vorſtandes, welche der Beſtätigung nicht bedürfen, beſchließt der Gemeinde-Vorſtand. Gegen den Beſchluß ſteht der Gemeinde-Vertretung die Klage im Verwaltungsſtreitverfahren zu“.

Abg. Köhler: Wir wiederholen in dieſem, wie in anderen Fällen lediglich unſere Anträge, die in zweiter Leſung angenommen, aber im Herrenhauſe abgelehnt ſind. Ein Mitglied deſſelben ſprach die Hoffnung aus, es möge dem Miniſter gelingen, in dieſem Hauſe eine mit dem Herrenhauſe übereinſtimmende Beſchlußfaſſung herbeizuführen. Nun wurde unſer Antrag in namentlicher Abſtimmung mit 78 Stimmen Majorität angenommen, es iſt alſo nicht gerade leicht, einen ſolchen Antrag zu Falle zu bringen. Der Antrag Brüel deckt ſich in ſeinem erſten Theile mit dem unſrigen, ſo daß eine gemeinſchaftliche Abſtimmung über dieſe Anträge ſich empfehlen dürfte.

Abg. Dr. Brüel: Man hat geſagt, dieſe Beſtimmungen gehörten nicht in dieſes Geſetz, auch der Miniſter giebt das zu verſtehen, aber eigentlich doch nur deshalb, weil die Beſtimmung der Regierung mißfällt, eine Beſtimmung, die in Schleswig-Holſtein, Kurheſſen und Naſſau bereits beſteht. Man wirft uns vor, daß wir die Regierung in eine Zwangslage bringen; aber welcher Partei iſt es zu verdenken, daß ſie den günſtigen Augenblick benutzt, um ihre Anträge durchzuſetzen? Den zweiten Theil unſeres Antrages ſind wir gern bereit, fallen zu laſſen, wenn die Regierung Bedenken dagegen erhebt.

Abg. v. Heydebrand: Der Antrag Köhler war mir bei der zweiten Berathung nicht ſo bedenklich, weil man damals die Conſequenzen deſſelben nicht überſehen konnte. Nachdem ich die Verhandlungen des Herrenhauſes geleſen, haben ſich meine Bedenken geſteigert. Herr Haſſelbach wies darauf hin, daß dieſe Beſtimmung eine ganz verſchiedene Tragweite habe, weil die Städteordnungen in den Provinzen verſchiedene ſeien. Ein anderes Mitglied führte aus, der Paragraph gehörte deshalb nicht in dieſes Competenzgeſetz, weil er tiefgreifende Aenderungen der Städteordnungen enthalte. Herr Struckmann, der noch am Sympathiſchſten dieſen Anträgen gegenüberſteht, äußerte, daß der § 7 in der Faſſung des Abgeordnetenhauſes nicht bleiben könne, weil ihn einige Schwächen als nicht annehmbar erſcheinen ließen. Nach dieſen Aeußerungen erſcheint es mir wohlgethan, dieſe Anträge abzulehnen, umſomehr, als die Regierung erklärt hat, daß das Geſetz unannehmbar wäre, wenn dieſer Paragraph acceptirt würde. Nun wolle man ſich vergegenwärtigen, in welche Situation die Städte kommen. Nach dem Organiſationsgeſetz gehen alle Angelegenheiten der Stadt, die bisher von der Abtheilung des Innern der Regierung erledigt wurden, an den Regierungspräſidenten über. Es iſt hier im Competenzgeſetz Vorſorge getroffen, daß die meiſten wichtigen Angelegenheiten vom Bezirksrath erledigt werden. Das würde vollſtändig wegfallen, wenn dieſes Geſetz zu Falle käme. Es liegt nicht im Intereſſe des Ganzen, daſſelbe durch Annahme dieſes Antrages ſcheitern zu laſſen, und deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Abg. Zelle: Den Beweis dafür, daß unſer Antrag wegen der Verſchiedenartigkeit der Städteordnung unannehmbar ſei, iſt Herr Haſſelbach ſchuldig geblieben. Ich meine gerade, daß durch unſeren Antrag eine Einheit herbeigeführt wird. Herr v. Heydebrand hat dann eine Cabinetsfrage aufwerfen zu müſſen geglaubt: das Geſetz könne unannehmbar werden, wenn dieſer Antrag die Mehrheit erhielte. Aber der Miniſter hat dieſen Gedanken durchaus nicht ſo ſcharf accentuirt, wie es der Vorredner thut. Außerdem iſt der Antrag weſentlich modificirt und verbeſſert worden. Die Einwendungen des Herrenhauſes ſind rein formeller Natur. Auch der Einwand, daß dies Geſetz nicht der richtige Ort iſt, um dieſe Materie zu regeln, iſt unzutreffend. Diejenigen, welche dieſe Regelung bei der neuen Städteordnung wünſchen, vergeſſen, daß wir eine neue Städteordnung nicht wünſchen, wenigſtens bei der gegenwärtigen Zuſammenſetzung der Regierung. Ferner haben die Aufſichtsbefugniſſe ſich inſofern verändert, als die Beſtätigung nicht mehr dem Collegium, ſondern den Einzelberathungen unterliegt. Was hat denn die Regierung davon, wenn eine ſolche Befugniß beſtehen bleibt? Nur eine Beläſtigung. Kann ſie, wenn ſie die Beſtätigung verſagt, es erwirken, daß intelligentere und beſſere Leute im Magiſtrat geſammelt werden? Ich glaube dies nicht. Es handelt ſich bei der Nichtbeſtätigung gewöhnlich um politiſche Rückſichten, man will zu ſtürmiſche Leute, „Durchgänger“, ausſchließen. Dies ſcheint mir kein ſtichhaltiger Grund zu ſein. Die Nichtbeſtätigung hat aber eine andere ſehr bedenkliche Seite. Welchen Eindruck muß es machen, wenn ein Mann, deſſen Name in allen Welttheilen bekannt iſt und vor dem Jedermann ſeinen Hut zieht, nicht beſtätigt wird. Ich kann Sie verſichern, daß derſelbe in Folge deſſen förmlich melancholiſch geworden iſt. Es iſt durchaus peinlich, wenn hinter dem Rücken eines ſolchen Candidaten allerlei Gerüchte verbreitet werden. Es wäre deshalb gut, dieſes Odium abzuſchneiden. (Beifall links.)

Abg. Gneiſt bittet das Haus, nicht durch ſtarres Feſthalten an dem früheren Beſchluſſe das wichtige Geſetz, das eine nothwendige Conſequenz

des Organiſationsgeſetzes bilde und zahlreiche von der Majorität anerkannte Verbeſſerungen der Verwaltung und der Verwaltungs-Rechtſprechung enthalte, zu Falle zu bringen. Die Frage, um die es ſich handle, ſei von ſehr erheblicher Tragweite und könne nicht bei dieſer Gelegenheit nebenbei erledigt werden, da man nothwendig ſämmtliche Städte-Ordnungen zur Hand haben müſſe, um die Wirkung des vorliegenden Antrages zu ermeſſen.

Abg. Windthorſt würde auch ein Scheitern des Geſetzes recht bedauerlich finden, beſtreitet aber, daß die Annahme des Antrages nothwendig dieſe Folge haben werde. Die Frage ſei keineswegs eine ſo ſchwierige, wie der Vorredner ſie darſtelle. Es handle ſich nur darum, ob es zur Sicherung des nothwendigen Einfluſſes der Regierung auf die Magiſtratscollegien genüge, wenn das Beſtätigungsrecht an dem Bürgermeiſter und deſſen Stellvertretern geübt werde. Dieſe Frage müſſe er unbedingt bejahen. Wenn das Herrenhaus ſehe, daß das Abgeordnetenhaus durch Wiederholung ſeines früheren Beſchluſſes ein großes Gewicht auf dieſen Punkt lege, ſo werde es gewiß nicht durch fortdauernden Widerſtand das Geſetz hieran ſcheitern laſſen, und ebenſo werde die Regierung, deren Intereſſe an dem Zuſtandekommen der Vorlage ebenſo groß ſei, wie das des Abgeordnetenhauſes, ſich ſehr überlegen, ob ſie dem beſtimmt ausgeſprochenen Willen der Landesvertretung gegenüber auf ihrem Widerſpruch beharren ſoll. Nachdem das Haus früher in namentlicher Abſtimmung ſeine Meinung klar und beſtimmt ausgeſprochen, könne es heute nur das damalige Votum wiederholen.

Abg. Hänel ſchließt ſich dieſen Ausführungen unbedingt an. Die vorliegende Frage ſei durchaus nicht geeignet, zu einer prinzipiellen Bedeutung aufgebauſcht zu werden, namentlich wenn man erwäge, daß die Regierung früher ſelbſt in der Vorlage der Städteordnung diejenige Faſſung vorgeſchlagen habe, welche jetzt der Antrag Zelle-Brüel fordere. Sollte trotzdem das Herrenhaus oder die Regierung in unbegreiflicher Hartnäckigkeit an ihrem Widerſpruche feſthalten, ſo werde die Verantwortlichkeit für das Scheitern des Geſetzes nicht auf das Abgeordnetenhaus fallen. Die formelle Berechtigung, die Frage an dieſer Stelle zu regeln, werde gewiß nicht beſtritten werden können, da die Aufnahme materieller Beſtimmungen nur eine nothwendige Conſequenz des Umſtandes ſei, daß das beſtätigende Organ geändert werde. Die Regierung ſelbſt habe dieſe Conſequenz bei der Frage des Beanſtandungsrechts gezogen, habe alſo nicht das Recht, dem Antrag der Abgg. Zelle und Brüel aus formellen Gründen Widerſtand entgegenzuſetzen.

Miniſter Graf zu Eulenburg: Ich bitte, die beiden Anträge abzulehnen. Die Gründe gegen dieſelben ſind doch nicht ſo unerheblich, wie es dargeſtellt wird. Ein ſolcher Grund iſt zunächſt die Ungehörigkeit des Orts. Die Regierung hat in dieſer Hinſicht keinen ſchwankenden Standpunkt eingenommen. Es giebt Fälle, in denen kein ſyſtematiſches oder principielles Hinderniß der Behandlung in dem einen oder in dem andern Geſetze entgegenſteht. Ein ſolcher Fall iſt annähernd die Landrathsfrage geweſen. Hier aber ſoll in einem Geſetze über die Vertheilung der Zuſtändigkeit der Regierung unter den einzelnen Behörden die Zuſtändigkeit der Regierung überhaupt beſchränkt werden. Man geht alſo durch dieſe Anträge über den Rahmen des Geſetzes hinaus. Was die Verweiſung auf den folgenden Paragraphen betrifft, ſo halte ich es für eine unbillige Schlußfolgerung, daß die Regierung, weil ſie in einem Punkte vorhandenen Wünſchen Rechnung trägt, nun auch in allen Punkten nachgeben müſſe. Wenn man zweifelt, ob eine Beſtimmung an einer Stelle eines Geſetzes angebracht ſei, ſo kann man über dieſe Zweifel hinwegkommen, wenn alle Factoren der Geſetzgebung über die Beſtimmung ſelbſt einig ſind; aber man darf es nicht im Wege der Preſſion verſuchen, wenn die andern Factoren nicht zuſtimmen. Bei dieſem Punkte hat die Regierung der Regelung in dieſem Geſetz von vornherein widerſprochen und das Herrenhaus iſt dieſer Anſicht faſt einſtimmig beigetreten. Unter dieſen Umſtänden iſt es eine zu weit gehende Zumuthung, wenn man auf Grund des inzwiſchen eingetretenen Beſchluſſes des Herrenhauſes Ihnen nochmals die Erwägung auferlegt, ob es wohlgethan iſt, an dieſer Stelle dieſe Beſtimmung zu treffen.

Materiell iſt der Haupteinwand gegen dieſe Anträge nicht genügend gewürdigt, daß nämlich die Wirkung derſelben auf die verſchiedenen Städteordnungen ganz verſchieden ſein würde, da in denſelben das Wahlrecht ein ganz verſchiedenes iſt, und von dieſem doch die Frage hauptſächlich abhängt, wie weit das Beſtätigungsrecht des Staates gehen ſoll. Es iſt ferner ſehr fraglich, ob es wohlgethan iſt, in einem collegialiſchen Gemeindevorſtand dadurch, daß man die Beſtätigung für einen Theil deſſelben vorſchreibt, für einen anderen Theil nicht, zwei verſchiedene Gattungen von Mitgliedern zu ſchaffen. (Sehr wahr! rechts.) In manchen kleinen Communen endlich haben wir bereits Anzeichen von dem Hervortreten extremer Parteien, welche aus den Stadtvertretungen fernzuhalten gewiß der Wunſch und das Beſtreben ſämmtlicher Parteien dieſes Hauſes iſt, und in einem Augenblick, wo wir Leute dieſer extremen Richtungen bereits in ländlichen Gemeinderäthen haben, kann ich mich nicht entſchließen, ein ſolches Mittel zur Fernhaltung derſelben aus der Hand zu geben. Es handelt ſich um eine Frage von ſehr ernſter Bedeutung für das Zuſtandekommen dieſes Geſetzes. (Beifalls rechts, Ziſchen links.)

Abg. Born: Uns erſcheint dadurch, daß die Organe des Beſtätigungsrechtes verändert ſind, auch eine Aenderung in materieller Beziehung nöthig. Ich glaube, daß der Abg. Gneiſt nicht im Namen der Mehrzahl meiner Fraction geſprochen, ſondern nur ſeinen perſönlichen Standpunkt vertreten habe.

Abg. Hänel: Jetzt erfahren wir eigentlich zum erſten Male in officieller Weiſe die Gründe der Regierung gegen dieſe Anträge. Die verſchiedenartige Wirkung derſelben wird auf das Wahlrecht zurückgeführt. Nun haben wir in Holſtein directe Wahl der Magiſtratsmitglieder durch die Bürgerſchaft; trotzdem hat die Regierung ſich hier eine Beſchränkung ihres Beſtätigungsrechtes gefallen laſſen. Was ſoll der Einwand bedeuten, daß in das Collegium zweierlei Mitglieder kommen? Der Bürgermeiſter hat ja von vornherein eine ganz andere Stellung, als die andern Mitglieder, da der communale Charakter ſeines Amtes faſt ganz hinter dem ſtaatlichen zurücktritt. Darum iſt bei ihm die Beſtätigung durch die Regierung natürlich, nicht aber bei den andern Mitgliedern. Die Regierung wünſcht ein Mittel gegen das Eindringen der Socialdemokraten in den Gemeinderath zu haben. Ich glaube, es iſt das beſte Mittel, die Socialdemokraten zum praktiſchen Handeln zu bringen und ihren allgemeinen Idealen die praktiſche Arbeit entgegenzuſtellen, wenn man ſie in eine ſolche praktiſche Thätigkeit bringt, für die ſie ihren Wählern verantwortlich ſind. In einzelnen Staaten, z. B. in Sachſen, gehören Mitglieder der Stadtvertretung und des Magiſtrats dieſer Partei an, aber das iſt einſtimmig zugeſtanden, daß dieſe Mitglieder an Tüchtigkeit nichts zu wünſchen übrig laſſen. Alſo dieſer Grund ſchreckt mich gar nicht zurück, zumal durch unſere Beſtimmungen über das Wahlrecht ein Ueberwuchern der Socialdemokraten in den Stadtvertretungen ausgeſchloſſen iſt. Ich habe die Regierung durch die Verweiſung auf den § 7 nicht in eine Zwangslage verſetzen, ſondern nur ihre formalen Bedenken widerlegen wollen. Wir üben keine Preſſion aus, ſondern erwarten nur, daß die Regierung in einigen Punkten nachgiebt, nachdem das Haus in ſo vielen Punkten nachgegeben hat, um das Geſetz zu Stande zu bringen. (Beifall links.)

Der Antrag des Abg. Köhler wird darauf mit dem vom Abg. Brüel beantragten Zuſatze mit 187 gegen 134 Stimmen angenommen.

§ 9 der Herrenhausbeſchlüſſe will auch über Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen dem Bürgermeiſter und dem collegialiſchen Gemeindevorſtande den Bezirksrath entſcheiden laſſen.

Die Abgg. Köhler und Born beantragen die Streichung dieſes Paſſus und ſtatt deſſen am Schluſſe des Paragraphen hinzuzufügen: „Ein Beanſtandungsrecht des Bürgermeiſters gegen Beſchlüſſe des Gemeindevorſtandes findet, abgeſehen von den Fällen des § 7, ferner nicht ſtatt.“ (Dies würde den früheren Beſchlüſſen des Abgeordnetenhauſes entſprechen.)

Abg. v. Liebermann und Miniſter Graf zu Eulenburg bitten, es bei dem beſtehenden Recht zu belaſſen und demgemäß den Herrenhausbeſchluß zu acceptiren. Nach der Befürwortung durch den Abg. Hänel wird ſodann der Köhler'ſche Antrag angenommen.

Nach § 16 der Herrenhausbeſchlüſſe ſoll die Aufſicht über die Landgemeinden in erſter Inſtanz von dem Landrath als Vorſitzenden des Kreisausſchuſſes, in höherer und letzter Inſtanz von dem Regierungspräſidenten geübt werden, unbeſchadet der in den Geſetzen geordneten Mitwirkung des Kreisausſchuſſes und des Bezirksrathes.

Abg. v. Hüne beantragt, die Beſchlüſſe des Abgeordnetenhauſes wiederherzuſtellen; Aufſicht in erſter Inſtanz durch den Kreisausſchuß, in höherer und letzter durch den Bezirksrath. Es empfehle ſich, an dem beſtehenden Rechtszuſtande nichts zu ändern; jedenfalls ſei ihm der Vermittelungsweg des Herrenhauſes weniger acceptabel, als ſelbſt die Regierungsvorlage.

Miniſter Graf zu Eulenburg weiſt darauf hin, daß das Herrenhaus in dieſem Punkte den Intentionen dieſes Hauſes entgegengekommen ſei; die Annahme des Herrenhausbeſchluſſes erſcheine daher billig. Von Verletzung beſtehenden Rechtes könne man hier nicht ſprechen, da in den weſtlichen Provinzen die Kreisordnung nicht gelte.

Der Hüne'ſche Antrag wird hierauf angenommen.

Im § 141 hat das Herrenhaus die Aufſicht über die Standesbeamten dem Landrathe als Vorſitzenden des Kreisausſchuſſes, reſp. dem Regierungspräſidenten zugewieſen. Auf den Antrag des Abg. v. Hüne beſchließt das Haus auch hier die Wiederherſtellung ſeines früheren Beſchluſſes, nach welchem der Kreisausſchuß und Bezirksrath dieſe Function erhalten ſoll.

Im Uebrigen wurden die einzelnen Paragraphen des Geſetzes ohne jede Debatte angenommen. Die definitive Abſtimmung wird erſt nach Fertigſtellung einer Zuſammenſtellung in der morgenden Sitzung ſtattfinden. Die Vorlage muß dann nochmals an das Herrenhaus gehen.

Schluß 4 Uhr. Nächſte Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Wahlprüfungen, Rechnungsvorlagen.)

Herrenhaus. 12. Sitzung vom 14. Februar.

1 Uhr. Am Miniſtertiſche Dr. Friedberg und mehrere Commiſſarien.

Präſident Herzog von Ratibor ſchlägt vor, die zu erwartenden Geſetz-Entwürfe folgendermaßen zu behandeln: Der Geſetzentwurf über die gemeinſchaftlichen Holzungen wird der Agrarcommiſſion, der über das Pfandleihgewerbe der Juſtizcommiſſion, der über den Bau mehrerer Secundärbahnen der Eiſenbahncommiſſion überwieſen werden. Der Geſetz-Entwurf, betreffend die Einverleibung der Landgemeinde Oberbonsfeld in die Stadtgemeinde Langenberg wird einer einmaligen Schlußberathung unterworfen werden.

Der Präſident theilt mit, daß auf Grund einer Allerhöchſten Ordre der Fürſt Georg Solms-Braunfels eingeladen werden wird, ſeinen erblichen Sitz im Hauſe einzunehmen.

Auf der Tagesordnung ſtehen Petitionen.

Der Kirchenvorſtand der katholiſchen Pfarrgemeinde zu Limburg a. Lahn petitionirt betreffs der Erwirkung der Erfüllung der dem Fiscus in der Pfarrkirche obliegenden Meſſeverpflichtungen.

Der Referent, Dr. Weber, empfiehlt Namens der Petitions-Commiſſion, die Petition der Staatseegierung zur Berückſichtigung zu überweiſen.

Herr von Schöning weiſt darauf hin, daß die Commiſſion ihren Beſchluß nur mit 5 gegen 4 Stimmen gefaßt habe und beantragt, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Die Petenten wären der Anſicht, daß für die betreffenden Meſſen eine Fundation vorhanden ſei; dieſe Anſicht ſei aber eine irrthümliche, und es handle ſich nur um Leiſtungen aus Staatsmitteln.

Regierungs-Commiſſar Geh. Rath Schallehn führt aus, es laſſe ſich durchaus nicht nachweiſen, daß die Verpflichtung des Fiscus auf alten Meßfundationen beruhe, Urkunden darüber lägen nicht vor. Die Ausgaben für die betreffenden Meſſen ſeien immer lediglich als Staatsleiſtungen aufgefaßt worden und unterlägen alſo dem Geſetze vom Jahre 1875. Nach Lage der Geſetzgebung ſei alſo der Cultusminiſter bei aller Bereitwilligkeit gar nicht in der Lage, die Leiſtungen wieder aufzunehmen, bevor an der Kirche in Limburg ein ordnungsmäßig angeſtellter Geiſtlicher vorhanden ſei, er bitte daher, den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung anzunehmen.

Graf Brühl vertritt die Anſicht, daß alte Meßfundationen vorlägen und empfiehlt, den Antrag der Commiſſion anzunehmen.

Baron von Senfft-Pilſach und Herr von Jerin treten für den Antrag der Commiſſion ein; es handle ſich nicht um Staatsleiſtungen, die unter das Sperrgeſetz fielen, ſondern um eine privatrechtliche Forderung auf Grund von alten Meßfundationen.

Herr von Kleiſt-Retzow hält die Frage nicht für aufgeklärt, ob Meßfundationen vorlägen, oder ob es ſich um Staatsleiſtungen in dieſem Falle handle, daher könne er ſich weder dem Antrage auf Uebergang zur Tagesordnung noch dem auf Ueberweiſung an die Regierung zur Berückſichtigung anſchließen; er beantrage vielmehr, die Petition der Staatsregierung zur „Erwägung“ zu überweiſen, damit Miniſter von Puttkamer, an deſſen Geneigtheit, alle Härten des Culturkampfes zu lindern, man nicht zweifeln dürfe, die Sachlage nochmals prüfen könne.

Hierauf wird der Antrag der Commiſſion und der des Herrn v. Schöning abgelehnt, der Antrag v. Kleiſt-Retzow angenommen.

Die Petition des Amtsgerichtsſecretärs Gonski zu Inowraclaw, die Staatsregierung zur Anerkennung ſeines Adels aufzufordern, wird auf Antrag der Commiſſion für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt.

Die Pitition des katholiſchen Kirchenvorſtandes zu St. Jacob in Aachen, welche den Erlaß eines Zuſatzparagraphen zum § 13 des Geſetzes vom 14. März 1880, betreffend: die Beſtreitung der Koſten der Bedürfniſſe der Kirchengemeinden in den Landestheilen des linken Rheinufers beantragt, wird nach dem Antrage der Commiſſion durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Der Magiſtrat zu Apenrade beantragt die Anerkennung einer liquiden Forderung an den Fiscus aus den Kriegsjahren 1850/51. Das Haus geht, dem Commiſſionsantrage entſprechend, über die Petition zur Tagesordnung über.

Damit iſt die Tagesordnung erledigt.

Schluß 2¾ Uhr. Nächſte Sitzung Mittwoch, 11 Uhr. (Etat und dauernder Steuererlaß.)

Berlin, 14. Febr. [Amtliches.] Se. Majeſtät der König hat dem Amtsgerichtsrath a. D. Töpfer zu Breslau und dem Commerz- und Admiralitätsgerichts-Rendanten z. D., Rechnungsrath Wienandt zu Danzig den Rothen Adler-Orden vierter Klaſſe; ſowie dem Seconde-Lieutenant Henſchel im 4. Pommerſchen Infanterie-Regiment Nr. 21, dem Bootsmannsmaaten Matthes von der Kaiſerlichen Marine und dem ehemaligen Küraſſier im Weſtpreußiſchen Küraſſier-Regiment Nr. 5, jetzigen Tagelöhner Kalleske zu Birnbaum die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majeſtät der König hat dem Generalmajor v. Thile, Inſpecteur der Jäger und Schützen, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Italien Majeſtät ihm verliehenen Großoffizierkreuzes des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens ertheilt.

Dem Lehrer Dr. Johann Heinrich Möller an der Thierarzneiſchule zu Berlin iſt das Prädicat Profeſſor verliehen worden.

Berlin, 14. Febr. [Se. Majeſtät der Kaiſer und König] hörte heute Vormittags 11 Uhr den Vortrag des Chefs des Civilcabinets, Wirklichen Geheimen Raths von Wilmowski.

[Ihre Majeſtät die Kaiſerin und Königin] beſuchte vorgeſtern Se. Königliche Hoheit den Prinzen Georg zu Seinem Geburtstage und war Nachmittags in der ſechsten Vorleſung des Wiſſenſchaftlichen Vereins anweſend.

[Beide Kaiſerliche Majeſtäten] dinirten bei Ihren Kaiſerlichen und Königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzeſſin. Abends fand bei den Kaiſerlichen Majeſtäten eine Theegeſellſchaft ſtatt.

[Se. Kaiſerliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm am Sonnabend militäriſche Meldungen entgegen, empfing den Fürſten Solms-Hohenſolms-Lich und hierauf den Miniſter-Reſidenten bei den Vereinigten Staaten von Venezuela, Wirklichen Legations-Rath Peyer. — Nachmittags ſtatteten Ihre Kaiſerlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzeſſin Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Georg einen Gratulationsbeſuch ab. — Geſtern wohnte der Kronprinz dem Gottesdienſte im Dome bei und empfing den Ober-Schloßhauptmann, Wirklichen Geheimen Rath Grafen von Perponcher-Sedlnitzki. — Ihre Kaiſerliche Hoheit die Kronprinzeſſin empfing Nachmittags den Director des Germaniſchen Muſeums in Nürnberg, Herrn Eſſenwein. — Nachmittags um 5 Uhr fand bei Ihren Kaiſerlichen und Königlichen Hoheiten ein kleineres Familiendiner ſtatt, an welchem der Kaiſer und die Kaiſerin, ſowie Ihre Königlichen Hoheiten der Prinz Wilhelm und der Erbgroßherzog von Baden Theil nahmen. (R.-A.)

Berlin, 14. Februar. [Der modificirte Antrag Hüne zum Verwendungsgeſetz.] Der neulich mitgetheilte Antrag v. Hüne zu dem Verwendungsgeſetz hat nachträglich, wie die „Germania“ mittheilt, eine Correctur erhalten, ſo daß der § 1 nunmehr alſo lautet: „Die dem preuß. Staate aus dem Ertrage der Zölle und der Tabakſteuer und der in Folge weiterer Steuerreformen des Reiches jährlich zu überweiſenden Geldſummen — unter Zurechnung reſp. Abrechnung desjenigen Betrages, aus welchem der je für daſſelbe Jahr von Preußen zu leiſtende Matrikularbeitrag weniger oder mehr beträgt als die im Staatshaushaltsetat für 1879/80 vorgeſehene Summe — werden nach Maßgabe der folgenden Beſtimmungen verwendet, mit der Beſchränkung, daß für den Fall eines Deficits im preußiſchen Staatshaushalte im Etat über einen Betrag bis zur Höhe von 50 Millionen Mark verfügt werden kann.“ Der Kreuz-Zeitung zufolge ſoll eine Beſprechung des Staatsminiſteriums über die den Abänderungsanträgen gegenüber einzunehmende Stellung und über weitere Aufſchlüſſe an die Commiſſion ſtattfinden.

[Der Provinzial-Landtag der Provinz Brandenburg] iſt zum 6. März d. J. nach Berlin einberufen worden.

[Der Antrag Windthorſt's auf Aufhebung des Sperrgeſetzes.] Die „Germania“ ſchreibt: Die in verſchiedenen Blättern curſirende Mittheilung, daß das Centrum auf die Berathung des Antrages Windthorſt, betreffend die Aufhebung des Sperrgeſetzes, verzichtet habe, iſt vollſtändig aus der Luft gegriffen; das Centrum wird vielmehr mit allen ihm zu Gebote ſtehenden Mitteln darauf dringen, daß der Antrag noch zur Berathung kommt. Sollte er trotzdem nicht mehr zur Verhandlung gelangen können, ſo wird das nicht am Centrum liegen, ſondern an der parlamentariſchen Geſchäftslage, der Dispoſition des Präſidiums und dem Willen der Majorität.

[Das Geſetz, betreffend die Ausübung des Jagdrechts vom 7. Februar 1881,] wird im „Reichsanz.“ publicirt.

[Marine.] S. M. S. „Nymphe“, 9 Geſchütze, Commandant Corvetten-Capitän Schröder, iſt am 11. Januar c. auf der Rhede von Puerto Cabello eingetroffen und beabſichtigte, am 15. deſſ. Mts. nach Curaçao zu gehen.

Italien.

Rom, 10. Februar. [Das Meeting der Republikaner.] Man wird ſich wohl noch des Lärmens und der Beſorgniſſe erinnern, welche weniger in Italien ſelbſt, wo man ja die Ohnmacht der republikaniſchen Partei genugſam kennt, als im Auslande und namentlich in Oeſterreich-Ungarn und Deutſchland, wo man die Macht und das Anſehen dieſer Partei ſtets arg zu überſchätzen gewohnt iſt, ſich kundgaben, als vor einigen Monaten die Agitation zur Abhaltung des Rieſen-Meetings, des Meetings der Meetings, wie es unſere Radicalen mit Vorliebe zu nennen pflegten, ſich bemerkbar machte. Man beſorgte Ausſchreitungen, welche die öffentliche Ordnung ſtören, die beſtehenden Staatseinrichtungen bedrohen und im beſten Falle, da die famoſe Italia irredenta ſich abermals vorzudrängen verſuchte, Verwickelungen und Verlegenheiten nach außen zuziehen könnten. Die Regierung Italiens, welche für alle Fälle ihre Vorbereitungen getroffen hatte und ſicher war, mehr als die genügende Macht zu beſitzen, allenfallſigen Ausſchreitungen mit Erfolg entgegentreten zu können, nahm die Sache weit ruhiger auf und begnügte ſich, den Arrangeurs der Komödie mit allem Ernſt und Nachdruck bekannt zu geben, daß ſie einer Petition zu Gunſten des allgemeinen Wahlrechts keinerlei Schwierigkeiten in den Weg ſetzen werde, ſo lange ſich die Bewegung in den Schranken der geſetzlichen Ordnung halten würde, daß ſie aber ſofort mit aller Energie einſchreiten und die Schuldigen zur Rechenſchaft ziehen würde, wenn auch nur die geringſte Ausſchreitung erfolgen, gegen die beſtehenden Staatseinrichtungen agitirt oder eine Demonſtration ſtattfinden ſollte, welche den internationalen Verpflichtungen der Regierung zuwiderlaufe und ihr gerechtfertigte Reclamationen zuziehen könnte. Die energiſche und feſte Haltung der Regierung ſcheint den Herren Republikanern imponirt zu haben, denn dieſelben gingen von der Idee der Abhaltung eines öffentlichen Meetings ab und begnügten ſich damit, in einem Privatlocale eine Verſammlung der Vertreter der verſchiedenen im Laufe des Sommers abgehaltenen Meetings abzuhalten, und um der Verſammlung den privaten Charakter zu wahren und ſo der Regierung das Recht polizeilicher Ueberwachung zu nehmen, wurden eigene Einladungskarten ausgegeben, die Oeffentlichkeit ganz ausgeſchloſſen und blos den mit ſolchen Einladungskarten Verſehenen unter ſtrenger Controle der Eintritt geſtattet. Heute hat nun in der Sala Dante die famoſe Verſammlung ſtattgefunden, ohne daß ſich in Rom Jemand im Geringſten um die Herren Republikaner gekümmert hatte, ja ohne daß die immenſe Majorität der Bevölkerung auch nur das Geringſte von der Exiſtenz dieſer hohen Verſammlung wußte. Mit einem Worte, kein Menſch kümmerte ſich im Geringſten um die republikaniſche Verſammlung und die Herren Republikaner konnten ſich ganz ungenirt, ſo zu ſagen en famille, bewegen. Unter dem Vorſitz des Idealiſten Albert Mario hatten ſich denn auch etwas über 300 Republikaner mit ihren Führern Bertani, Cavallotti, Bovio und wie dieſe Schreier und Phraſendreſcher alle heißen mögen, eingefunden, doch herrſchte, wahrſcheinlich in Folge der Erkenntniß der enormen Blamage, eine ſehr gedrückte Stimmung. Von allem Anfange an wurde beſchloſſen, daß alle anderen, ſich nicht direct auf die Einführung des suffrage universel beziehenden Gegenſtände von der Discuſſion ausgeſchloſſen ſeien und es wurde in Folge deſſen eine Tagesordnung eingebracht, welche abermals in ſo eclatanter Weiſe den in den Reihen der Partei herrſchenden Zwieſpalt conſtatirte, daß die Geſellſchaft unter ſehr unmuthigen Auslaſſungen der verſchiedenen Führer auseinanderging und für heute wenigſtens die Sache ſomit ein Ende hatte. Und dieſes war das große Meeting der Meetings, welches Italien großen Gefahren ausſetzen, deſſen Anſehen untergraben, der Regierung nach innen und außen Verlegenheiten hatte zuziehen ſollen. Wahrlich, wenn in anderen Ländern die ſubverſiven Parteien ebenſo machtlos, ſo lächerlich ohnmächtig ſind, als die Republikaner in Italien, ſo kann man in Europa vollkommen ruhig ſein, denn das einzige praktiſche Reſultat dieſes neuen Anlaufs der italieniſchen Radicalen war eine koloſſale Blamage, die abermalige Conſtatirung ihrer totalen Ohnmacht.

Großbritannien.

London, 12. Febr. [Nachrichten über die Fenier.] Der „Stand.“ ſchreibt, daß Parnell noch immer in Paris iſt und vorausſichtlich noch einige Tage daſelbſt verweilen wird. Anfangs nächſter Woche werden dort einige der hauptſächlichſten Mitglieder der Executive der Landliga eine Conferenz abhalten, und dürfte das zukünftige Verhalten Mr. Parnells von dem Ergebniß derſelben abhängig gemacht werden. Während der jüngſten Tage iſt aller Verkehr zwiſchen Mr. Parnell und ſeinen politiſchen Genoſſen nicht durch die Poſt, ſondern durch die Couriere vermittelt worden. Inzwiſchen trägt Mr. Parnells Abweſenheit mächtig zur Desorganiſation der Homerule-Partei bei. Mr. Dillon und andere Mitglieder der Landliga begeben ſich heute nach Paris.

Eine große Anzahl amerikaniſcher Fenier hat während der letzten paar Tage Irland verlaſſen und ſich nach England begeben. Die Bewegungen dieſer Leute werden von den Behörden ſcharf überwacht.

Die Behandlung, die Michael Davitt im Gefängniß zu Portland zu Theil wird, iſt im Allgemeinen keine ſehr ſtrenge, und es ſcheint, daß er faſt wie ein Gefangener erſter Klaſſe behandelt wird. Er hat ein Zimmer für ſich ſelber und ſeine Verpflegung beſteht täglich aus 10 Unzen Fleiſch, Brot, Gemüſe und einem Maß Bier. Das Leſen von Zeitungen iſt ihm nicht geſtattet, aber er hat freien Zutritt zu der Gefängniß-Bibliothek. Freunde darf er erſt nach Verlauf von drei Monaten empfangen.

[Max Schleſinger †.] Der bekannte Mitarbeiter der „Köln. Ztg.“, Max Schleſinger, iſt am 12. d. Mts. an einem Schlagfluſſe geſtorben. Die „Köln. Ztg.“ enthält in ihrer letzten Nummer noch einen Bericht von Max Schleſinger, der am 10. d. geſchrieben wurde. Der Verſtorbene nahm im Jahre 1848 an der politiſchen Bewegung in Oeſterreich Theil und kam im Jahre 1849 als politiſcher Flüchtling nach London, wo er im engſten Verkehr mit Kinkel, Freiligrath, Willich und anderen hervorragenden Deutſchen ſtand. Als Feuilletoniſt hat Dr. Max Schleſinger in deutſchen Journalen das ſociale und das politiſche Leben der Engländer in ſehr treuen Zügen geſchildert.

Spanien.

Madrid, 9. Febr. [Der Sturz des Cabinets Canovas.] Die Nachricht von dem Rücktritt des Miniſteriums und ſeiner Erſetzung durch ein Cabinet Sagaſta-Martinez Campos hat die Bevölkerung der Hauptſtadt in keine geringe Ueberraſchung verſetzt. Man hatte ſich allmälig ſo ſehr an die Regierung des Herrn Canovas gewöhnt und dieſelbe war in ſolchem Maße mit dem Königshauſe verwachſen, daß nichts ferner lag als der Gedanke an einen ſo gründ-

lichen Wechsel in der oberſten Staatsleitung. Schon vorgeſtern theilte der König in längerer Unterredung Herrn Canovas mit, daß er mit der Einleitung zu dem Geſetze über die Convertirung der Staatsſchuld nicht einverſtanden ſei und derſeben ſeine Billigung verweigern würde. Das Schriftſtück wurde trotzdem geſtern Morgen Sr. Majeſtät vorgelegt und nachdem der Monarch erklärt, daß er daſſelbe nicht gutheiße, überreichte Herr Canovas ſein und ſeiner Collegen Entlaſſungsgeſuch, das ſofort angenommen wurde. Gegen ſeine Gewohnheit berief der König dieſes Mal nicht die Präſidenten der Kammern, um ſich mit ihnen zu berathen, ſondern beſchied nach der letzten Conferenz mit Herr Canovas Herr Sagaſta zu ſich. Dieſer erſchien um 2½ Uhr Nachmittags und erhielt den Auftrag, ſofort ein Cabinet zu bilden und es noch an demſelben Abend vorzuſtellen. Sagaſtas erſter Gang war zu dem Herzog de la Torre, dem Haupte der conſtitutionellen Partei, mit welchem er eine längere Rückſprache nahm. Inzwiſchen hatte ſich das Directorium der „Fuſion" oder der dynaſtiſch-liberalen Partei, wie ſie ſich lieber nennt, in dem Hauſe des Marques Vega de Armijo verſammelt. Dorthin lenkte Sagaſta ſeine Schritte und nach langer Erwägung kam in ſpäter Stunde das Cabinet in der bereits bekannten Form zu Stande. Nur Venancio Gonzalez, Albareda und Leon y Caſtillo ſind bis jetzt noch nicht Miniſter geweſen; in den anderen begrüßt das Land alte Bekannte. Venancio Gonzalez iſt am 18. Mai 1831 in Lillo geboren; er iſt der Sohn eines ſchlichten Ackerbauers, der ihn mit vielen Entbehrungen Literatur und Recht ſtudiren ließ. Seit dem Jahre 1854 betheiligte er ſich in den Reihen der Progreſſiſten eifrig an dem politiſchen Schickſal ſeines Landes und ging im Jahre 1866 mit Prim, Zorilla und Sagaſta in die Verbannung. Seitdem iſt er einer der wärmſten Anhänger des letzteren geblieben, deſſen Politik er in den Cortes mit Eifer, Energie und ſeltener Begabung vertrat. Albareda, in Sanlucar geboren, hat nach und nach den Moderados der liberalen Union, dem König Amadeo und der Republik gedient. Er iſt ein charakterloſer, oberflächlicher Mann, der von allem einen Begriff hat, gründlich nichts verſteht. Seiner Beliebtheit bei der Ariſtokratie, mit der Sagaſta Fühlung unterhalten möchte, verdankt er ſeine Ernennung zum Miniſter. Leon y Caſtillo, der beſte Redner der conſtitutionellen Partei, wurde bekannt durch eine glänzende Vertheidigung der Abſchaffung der Sklaverei, die er im Jahre 1868 in der „Academia de legislacion y jurisprudencia" hielt. Er mochte damals 25 Jahre alt ſein. Die canariſchen Inſeln, ſein Vaterland, ſandten ihn unter der Regierung Amadeos in den Congreß und ſeitdem gehört er den Conſtitutionellen an. Leon y Caſtello, Camacho und Venancia Gonzalez ſind in dem jetzigen Cabinet die wahren Vertreter der letzteren und wirkliche Fortſchrittsmänner. Vega de Armijo, Martinez Campos, Pavia und Albareda bilden das gemäßigte Element. Der König hat den Wunſch geäußert, in militairiſchen Kreiſen möglichſt wenig Perſonalveränderungen vorzunehmen. Infolge deſſen wird O'Ryan auf ſeinem Poſten als Capitän-General von Caſtilien bleiben, obgleich er als eingefleiſchter Moderado mit Sagaſta nicht ſympathiſirt. Die Beamten der übrigen Miniſterien, die Gouverneure der Provinzeu und ihre Leute und die Richter werden natürlich alle entlaſſen und durch Sagaſtinos erſetzt. Erſt wenn dieſer Wechſel ſich vollſtändig vollzogen hat, kann von dem Programm des neuen Cabinets die Rede ſein. An der finanziellen Lage wird auch Camacho nichts ändern können, und die Bedürfniſſe der ſeit 1874 hungernden Beamtenwelt müſſen centnerſchwer auf die armen Steuerpflichtigen fallen, doch könnten einige Freiheiten, wie ſie die Oppoſition unter Canovas ſo oft verhieß, Religionsfreiheit, Civilehe u. ſ. w. eintreten. (K. Z.)

Provinzial-Zeitung.

= **Bunzlau**, 11. Februar. [Concert.] Ungeachtet der Fülle des Gebotenen auf muſikaliſchem und theatraliſchem Gebiete in dieſer Zeit, wo der Kunſtdilettantismus Bunzlaus ſich in ſeinen Productionen gewiſſermaßen drängt, hatte doch das in der Aula des Gymnaſiums am Montag Abend vom Muſiklehrer dieſer Anſtalt, Herrn Cantor Knauer, arrangirte Concert ſeine Anziehungskraft bewieſen, ſo daß die Aula bis auf den letzten Platz gefüllt war. Wie alljährlich war auch dies Concert zum Beſten der „Kaiſer-Wilhelm-Stiftung" der Anſtalt, aus deren Zinſen würdige und fleißige bedürftige Schüler unterſtützt werden ſollen, beſtimmt, und ſo erfüllen dieſe Concerte einen Doppelzweck, indem ſie zugleich auch Zeugniß ablegen, daß in dieſer Stätte der Wiſſenſchaft auch die Kunſt des Geſanges und der Muſik überhaupt ihre angemeſſene Pflege findet. Auch dieſes Concert legte ein günſtiges Zeugniß ab von dem edlen Streben und dem Fleiße in Uebung der Geſangskunſt. Auch die zum Theil ſchwierigen Piecen wurden mit Sicherheit überwunden. Die 6 Nummern enthaltende Gäbler'ſche Jubel-Cantate für Solis, Chor und Orcheſter legte in ihrem vortrefflich executirten mächtigen Schlußchor in Fugenſatz hiervon ein glänzendes Zeugniß ab. Im zweiten Theil war es hauptſächlich das Abt'ſche Lied „Wanderluſt", das durch ſeinen friſch-frohen Rhythmus gewiſſermaßen eine jugendliche Schaar in heiterer Luſt auf der Wanderung uns vors geiſtige Auge führte. — Die Variationen für Flöte, von einem Zögling vorgetragen, gewährten eine herrliche Abwechſelung und trugen dem jungen Secundaner einen ſehr reichen und wohlverdienten Applaus ein. Den Schluß bildete das Orcheſter-Vorſpiel und Chor aus Wagner's „Lohengrin."

—r. **Namslau**, 13. Febr. [Beſtrafung wegen Betrug. — Alterszulagen für Lehrer.] Ein Ehepaar im hieſigen Kreiſe brauchte behufs Berichtigung einer älteren Schuld ein Hypotheken-Darlehn von 2100 M. Sie wandten ſich dieſerhalb an den hieſigen Agenten Salomon Langer, einen von den Wucherern gern geſehenen Vermittler, ſog. „Schlepper", der ihnen auch wirklich das Darlehn aus einer Breslauer Landſchafts- oder „Offizierskaſſe" gegen 4 pCt. Zinſen zu verſchaffen verſprach, und zwar gegen eine Vermittelungs-Proviſion von 45 M. Bald darauf entſtanden in den Darlehnsſuchern doch Zweifel darüber, ob Langer wohl auch in der Lage ſein würde, ſein Verſprechen einzulöſen, und um dieſe zu beheben, fuhr L. perſönlich mit der Frau S. nach Breslau. L. ging dort in ein Haus hinein, welches er ſeiner Begleiterin, die übrigens beſcheiden auf der Straße wartete, als die „große Offiziersbank" bezeichnete. Er kehrte mit der Meldung zurück, der Herr Director ſei zwar im Bade, trotzdem aber ſei der Abſchluß des Geſchäfts geſichert. Einige Tage darauf forderte L. von den S.'ſchen Eheleuten 18 M. als „Zinſen", welche die „Bank" pränumerando verlange, und erhielt auch dieſelben ohne jeden Argwohn. Bald darauf forderte L. ſeine Vermittelungs-Proviſion von 45 M. mit dem Bemerken ein, daß die 2100 M. nunmehr jeden beliebigen Tag abgehoben werden könnten; um zu beweiſen, wie ſehr er auch die Intereſſen der „Bank" wahrnehme, ſchritt er dabei die Grenzen des S.'ſchen Grundſtücks ab. Wiederum einige Tage darauf verlangte L. 42 M. Zinſen, und drohte, als dieſe nicht ſofort gezahlt werden konnten, die „Bank" werde unter dieſen Umſtänden ohne Weiteres das S.'ſche Grundſtück ſubhaſtiren laſſen. Es wurde ſchnell eine Kalbe verkauft und auch dieſe Summe an L. bezahlt. Schließlich erhob er zur Befriedigung eines hieſigen Rechtsanwalts noch einen Betrag von 19 M. 60 Pf., wovon er aber nur 7 M. 20 Pf. abgeführt, den Reſt jedoch für ſich behalten hatte. Langer war im October v. J. vom hieſigen Schöffengericht wegen wiederholten Betruges zu 4 Monaten Gefängniß, 100 Mark Geldſtrafe und 1 Jahr Ehrverluſt verurtheilt worden. Seine hiergegen eingelegte Appellation wurde vom Landgericht zu Oels verworfen. — Die königl. Regierung hat bisher fünf hieſigen Elementarlehrern ca. 630 Mark ſtaatliche Alterszulagen gezahlt. Wie bereits in Nr. 63 d. Ztg. angedeutet wurde, hat die Regierung dieſen ſtaatlichen Zuſchuß vom 1. April d. J. den hieſigen Lehrern entzogen, indem ſie ſich hierbei auf den Miniſterial-Erlaß vom 18. Juni 1873 ſtützt, und weil „bei dem hieſigen Schulſyſtem durch eine planmäßige Abſtufung der Gehälter ſämmtlicher Elementarlehrer für eine angemeſſene Beſoldung der älteren Lehrer geſorgt iſt." Im Intereſſe der durch dieſe Maßregel hart betroffenen Lehrer hat die Schuldeputaton ſich an die königl. Regiernng mit der Bitte gewendet, die bisherigen Alterszulagen weiter zu zahlen.

C. **Groß-Strehlitz**, 10. Febr. [Vorſchußverein.] Geſtern hielt der hieſige Vorſchußverein (eingetragene Genoſſenſchaft) ſeine ordentliche General-Verſammlung ab. Dieſelbe wurde von dem Vorſitzenden, Herrn C. Dowerg, eröffnet, der hierauf ſeinem Stellvertreter, Herrn Amtsgerichtsrath Herden, zur Erledigung der Tagesordnung das Wort gab. Aus dem Geſchäftsbericht pro 1880 erſehen wir, daß der Verein 428 Mitglieder mit 33,183 M. Stammantheilen zählt. Der Reſervefonds beträgt 3923 M. Aufgenommen wurden Darlehen in Höhe von 26,565 M., an Spareinlagen gingen ein 148,184 M. An Verwaltungskoſten und Remunerationen wurden ausgegeben 3285 M. und an Reingewinn verblieben 5699 M., ſo daß eine Dividende von 9 pCt. bewilligt werden konnte. An zur Zeit ausſtehenden Vorſchüſſen hat der Verein 216,908 M., der Geſammtumſatz betrug 1,930,612 M. Aus den vorſtehenden Zahlen kann wohl Jeder leicht entnehmen, welche Rolle der Verein im hieſigen Geſchäftsleben ſpielt, beſonders wenn wir hinzuſetzen, daß Wucherer kein lohnendes Feld mehr hier für ihre Thätigkeit gefunden haben und darum ausgewandert ſind. Die Rechnung und Beſtände waren vorher von Vorſtands- und Ausſchußmitgliedern und den beiden hierzu erwählten Deputriten L. Pronkel und Fränkel geprüft und richtig befunden. Nachdem die hierauf bezüglichen Protokolle verleſen waren, ertheilte die Verſammlung die Decharge. In den Vorſtand wurden faſt einſtimmig wiedergewählt: Uhrmacher Dowerg als Director, Amtsgerichtsrath Herden als Stellvertreter, Kaufmann Creuzberger als Rendant, Buchhalter Bordtke als Controleur und Schriftführer. Ebenſo wurden die ſtatutenmäßig ausſcheidenden Ausſchußmitglieder: Bürgermeiſter Gundrum, Gerichtsſchreiber Czerwitzki und Sattlermeiſter Albrecht wiedergewählt, aus dem Vorjahre blieben außerdem die Kaufleute Burgheim, J. W. Richter und Ilchmann.

Telegraphiſche Depeſchen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

München, 14. Febr. Die zweite Kammer hat das Disciplinargeſetz für die richterlichen Beamten mit einer unerheblichen Abänderung in der vom Reichsrathe beſchloſſenen Faſſung mit 124 gegen 13 Stimmen genehmigt.

Wien, 14. Febr. Geſtern fand bei dem Miniſter des Auswärtigen, Baron von Haymerle, zu Ehren des deutſchen Botſchafters in Konſtantinopel, Grafen Hatzfeld, der heute nach Konſtantinopel weitergereiſt iſt, ein Diner ſtatt.

Zante, 13. Febr. Die öſterreichiſche Yacht „Miramar", mit dem Kronprinzen Rudolf an Bord, iſt 2½ Uhr wegen ſchlechten Wetters aus Südoſten hier eingelaufen, um beſſeres Wetter abzuwarten. An Bord Alles wohl.

Paris, 14. Febr. Kammer. Zweite Leſung des Preßgeſetzes. Der Artikel, welcher die Unterſagung der Verbreitung auswärtiger Schriften genehmigt, wird abgelehnt. Ein Amendement wird an die Commiſſion verwieſen, wonach die Einführung ausländiſcher Journale nur durch Beſchluß des Miniſterrathes zu unterſagen iſt. Das Amendement Marcon, betreffend die Beſtrafung von Beleidigungen des Präſidenten der Republik wird angenommen. — Der Senat begann die Berathung der Zolltarife.

London, 14. Februar. Unterhaus. Dilke informirt Baxter, die Mächte wieſen die Pforte auf das Ungenügende der verſprochenen Reformen hin. Die Armenien verheißenen Reformen ſeien bisher entweder nicht ausgeführt oder doch ſo durchgeführt, daß ſie nutzlos ſind. — Harcourt antwortet Sullivan, der Miniſter des Innern beſitze gemäß der betreffenden Geſetze die Macht, in dringenden Fällen, wo die Sicherheit des Staates oder der Unterthanen gefährdet ſei, Briefe an Privatperſonen zu öffnen und zurückzuhalten. Die Verantwortlichkeit muß der Direction des Miniſters überlaſſen bleiben, ohne daß er Anfragen zu beantworten habe. (Beifall.) Callau fragt an, ob während der jetzigen Seſſion Briefe eines oder mehrerer Parlamentsmitgliede eröffnet wurden. Forſter verweigert, irgend etwas der Antwort Harcourts hinzuzufügen, Cowen meldet eine weitere Interpellation darüber für Donnerstag an. Childers ſagt, Colley habe einen Theil der ihm angebotenen Verſtärkungen angenommen, die Regierung ſende aber mehr, als er acceptirte. — Dilke erwiderte Cohen, die deutſche Regierung erſuchte die engliſche, die brittiſchen Behörden an der liberiſchen Küſte anzuweiſen, der Corvette „Victoria" möglichſt Beiſtand zu leiſten bei Beſtrafung einiger wilden Stämme für die Plünderung des deutſchen Schiffes „Carl" und die Mißhandlung der Mannſchaft. Die Regierung hat ſich dazu bereit erklärt und inſtruirte den Gouverneur in Sierraleone und den Offizier der Flottenſtation. Deutſchland verlangte nicht eine britiſche Cooperation, daher iſt es unrichtig, daß eine ſolche verweigert wurde. Die deutſche Regierung verſicherte ſehr poſitiv, daß ſie keine militäriſchen Operationen gegen Liberien beabſichtigte, ſondern daß ſie nur wünſche, die liberiſche Regierung zu veranlaſſen, ihr bei der Beſtrafung der Wilden beizuſtehen. — Das Unterhaus ſetzte die Einzelberathung über die iriſche Coercitivbill fort.

Oberhaus. Granville antwortet Stanley, es ſei weder im auswärtigen, noch im indiſchen Amte eine Spur von Aufzeichnungen betreffs des Vorſchlages Rußlands behufs Theilung Aſiens zu entdecken, noch erinnern ſich die permanenten Beamten beider Departements eines ſolchen Vorſchlages.

Trieſt, 14. Febr. Der Lloyddampfer „Jupiter" iſt mit der oſtindiſchen Ueberlandspoſt heute früh aus Alexandrien hier eingetroffen.

Plymouth, 14. Februar. Der Hamburger Poſtdampfer „Herder" iſt hier eingetroffen.

New-York, 7. Febr. Der Dampfer des Norddeutſchen Lloyd „Neckar" iſt hier eingetroffen.

Telegraphiſche Courſe und Börſen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 14. Febr., Abends. [Boulevard.] 3% Rente —, —. Neueſte Anleihe 1872 119, 47. Türken 13, 72. Neue Egyptier 363, —. Banque ottomane — —. Italiener 88, 55. Chemins —, —. Oeſterr. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente 95⅜. Spanier exter. 21, 56, inter. —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. 1877er Ruſſen — —. Türkenlooſe —, —. Türken 1873 —, —. Amortiſirbare —, —. Orient-Anleihe —. Pariſer Bank —. Feſt.

Frankfurt a. M., 14. Febr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Courſe.] Londoner Wechſel 20, 492. Pariſer Wechſel 80, 88. Wiener Wechſel 172, 80. Köln-Mindener Stamm-Actien 150⅛. Rheiniſche Stamm-actien 162⅜. Heſſiſche Ludwigsbahn 94⅝. Köln-Mind. Prämien-Anth. 131⅝. Reichsanleihe 101¼. Reichsbank 145¼. Darmſtädter Bank 147¼. Meininger Bank 95¾. Oeſterr.-Ungariſche Bank 704, 00. Creditactien*) 256⅛. Silberrente 65⅛. Papierrente 63⅛. Goldrente 77. Ungariſche Goldrente 94¾. 1860er Looſe 122⅞. 1864er Looſe 316, 00. Ungariſche Staatslooſe 217, 50. Ungar. Oſtbahn-Obligat. II. 88. Böhmiſche Weſtbahn 222. Eliſabethbahn 175⅞. Nordweſtbahn 169⅞—171¼. Galizier 241⅞. Franzoſen*) 246⅛. Lombarden*) 92⅜. Italiener 88¾. 1877er Ruſſen 93¾. 1880er Ruſſen 75⅝. II. Orientanleihe 61¼. III. Orientanleihe 61. Central-Pacific 112¾. Wiener Bankverein 110¾. Ungariſche Papierrente — —. Elbthal —. Lothringer Eiſenwerke — —. Privat-Discont — pCt. Spanier —. Günſtig.

Nach Schluß der Börſe: Creditactien 257. Franzoſen 246¾. Galizier — —. Lombarden —. Ungar. Goldrente — —. 1880er Ruſſen — —. II. Orientanleihe — —. Oeſterr.-Ungar. Bank —.

*) per medio reſp. per ultimo.

Hamburg, 14. Febr., Nachmittags. [Schluß-Courſe.] Preuß. 4proc. Conſols 101, Hamburger St.-Pr.-A. 125, Silberrente 65⅛, Oeſt. Goldrente 76⅞, Ung. Goldrente 94¾, Credit-Actien 257½, 1860er Looſe 123. Franzoſen 618, Lombarden 230, Italien. Rente 88¾, 1877er Ruſſen 93¾, II. Orient-Anl. 59⅛, Vereinsbank 121⅜, Laurahütte 120¾, Nordd. 162½, Commerzbank 127¼, Anglo-deutſche 76⅛, 5% Amerikaniſche 93¾, Rhein. Eiſenbahn 160⅞, do. junge 157, Berg.-Märk. do. 115¼, Berlin-Hamburg do. 228. Altona-Kiel do. 155¼. Disconto 2⅝. Feſt.

Hamburg, 14. Febr., Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine feſt. Roggen loco unverändert, auf Termine feſt. Weizen pr. April-Mai 210 Br., 209 Gd., per Mai-Juni 215 Br., 214 Gd. Roggen pr. April-Mai 192 Br., 191 Gd., pr. Mai-Juni 188 Br., 187 Gd. Hafer und Gerſte unverändert. Rüböl ruhig, loco 55, 00. pr. Mai 55, 00. Spiritus ſtill, per Februar 45, 75 Br., per März-April 45, 75 Br., per April-Mai 45, 75 Br., per Mai-Juni 45, 75 Br. Kaffee ruhig, Umſatz 2000 Sack. Petroleum feſt, Standard white loco 8. 90 Br., 8, 80 Gd., pr. Februar 8, 80 Gd., pr. März-April 9, 00 Gd. Wetter: Froſt.

Poſen, 14. Februar. Spiritus pr. Febr. 52, 00, pr. März 52, 30, pr. April-Mai 53, 30. Gek. — Liter. Still.

Liverpool, 14. Febr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umſatz 7000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 13 000 Ballen amerikaniſche. Middl. amerikaniſche Febr.-März-Lieferung 6⅜ D.

Liverpool, 14. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umſatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Unverändert. Middl. amerikaniſche April-Mai-Lieferung 6½ D.

Peſt, 14. Februar, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco reſervirter, auf Termine ruhig, ſchlußlos, pr. Frühjahr 11, 00 Gd., 11, 05 Br., pr. Herbſt 10, 30 Gd., 10, 35 Br. Hafer per Frühjahr 6, 32 Gd., 6, 37 Br. Mais per Mai-Juni 5, 85 Gd., 5, 88 Br. Kohlraps 12⅜. —. — Wetter: Kalt.

Paris, 14. Febr., Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, pr. Februar 28, 10, per März 28, 10, per März-Juni 28, 00, pr. Mai-Auguſt 27, 60. Roggen behauptet, per Febr. 22, 25, per Mai-Auguſt 21, 50. Mehl behauptet, per Februar 61, 60, per März 61, 00, per März-Juni 60, 50, per Mai-Auguſt 59, 60. Rüböl feſt, per Februar 71, 75, per Mai-Juni 73, 50, per Mai-Auguſt 73, 75, per Septbr.-December 75, 00. Spiritus ruhig, per Februar 61, 25, per März 61, 00, per März-April 61, 00, per Mai-Auguſt 59, 75. — Wetter: Kalt.

Paris, 14. Februar, Nachmittags. Rohzucker 88° loco ruhig, 57, 00. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kgr. per Februar 66, 75, per März 66, 75, per März-Juni 67, 00, per Mai-Auguſt 67, 25.

London, 14. Februar, Nachm. Habannazucker Nr. 12 24. Schwach.

Antwerpen, 14. Februar, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ſteigend. Roggen unverändert. Hafer feſt. Gerſte ſtill.

Antwerpen, 14. Febr., Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23⅜ bez., 23½ Br., per März 23⅜ Br., per April 23 Br., per September-December 23⅜ bez., 24 Br. Feſt.

Bremen, 14. Februar, Nachmittags. Petroleum feſt. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 00, per März 9, 10, per April 9, 00, per Auguſt-December 9, 60. Alles bezahlt.

Handel, Induſtrie &c.

Berlin, 14. Febr. [Börſe.] Mit derſelben unentſchloſſenen Haltung, in welcher die Börſe am Sonnabend verkehrt hatte, begann ſie die neue Woche. Die Tendenz charakteriſirte ſich wiederum als ziemlich feſt, inſoweit die Geringfügigkeit des Angebotes in Betracht gezogen wird, die Courſe erfuhren indeß keine Aufbeſſerung, da auch Kaufluſt faſt nirgends in Action trat. Die auswärtigen Plätze haben ſowohl im Sonnabend-Abendverkehr als geſtern eine günſtige Stimmung bewahrt, das Coursniveau aber zu wenig verändert, um hier anregend zu wirken. Eine Ausnahmeſtellung nahmen Ruſſiſche Fonds ein, welche zu ihren höchſten vorgeſtrigen Courſen ziemlich lebhaft umgingen, beſonders wurde 1880er Anleihe, für deren Einführung an der Londoner Börſe von Petersburg aus Propaganda gemacht wird, ausgezeichnet. Neben dieſen waren es die Actien der Böhmiſchen Weſtbahn, welche das Intereſſe der Speculation in hohem Maße in Anſpruch nahmen und zu anziehendem Preiſe umgeſetzt werden. Auch Nordweſtbahn und Elbethal waren für Wiener Rechnung begehrt, Galizier, deren Ausweis für die letzte Decade ein Plus von 8506 Fl. ergiebt, ſowie die anderen öſterr. Nebenbahnen total vernachläßigt. Der Rentenmarkt zeigte ſehr günſtige Diſpoſition bei etwas lebhafterem Geſchäft. Silberrente fand auf Grund der in Oeſterreich wieder in Fluß gebrachten Frage einer Modificirung der Silberausprägungsbeſtimmungen größere Beachtung. Creditactien bewegten ſich in ziemlich feſter Tendenz und bei geringen Umſätzen langſam zwiſchen 512½ und 511⅛. Franzoſen konnten auf Grund der vorwöchentlichen Einnahme der Staatsbahn, welche ein Plus von 77,352 Fl. repräſentirt, ihren höchſten Sonnabendcours behaupten. Lombarden waren wenig im Verkehr und weſentlich niedriger. Das Geſchäft in den localen Speculationspapieren trug einen noch trägeren Charakter als das der internationalen Gebiete. Weder in Banken noch in Bahnen und Montanwerthen kam es zu nennenswerthen Abſchlüſſen, letztere tendirten ziemlich günſtig, während ſich für erſtere eher Verkaufsluſt zeigte. Im weiteren Verlaufe der Börſe erfuhr die Tendenz eine merkliche Befeſtigung und der Verkehr eine größere Ausdehnung. Creditactien zogen auf wieder in Circulation geſetzte Gerüchte ihrer Einführung in Paris circa 2 M. an, in Rumäniſcher Rente und Nordweſtbahn-Actien wurden größere Schlüſſe perfect, Montanwerthe wurden lebhafter begehrt; ſehr feſt wurden Banken, welche weſentlich avancirten, insbeſondere Deutſche Bank, welche auf günſtige Dividendenſchätzung circa 1⅛ pCt. gewannen. Schluß ruhig und feſt. Deutſche Bahnen auf die Ueberweiſung der Vorlage, betreffend den Ankauf der Rhein-Nahe-Bahn, an eine Commiſſion etwas nachgebend.

Courſe um 2½ Uhr: Feſt. Credit 515,00, Franzoſen 493 50, Lombarden 185,50, Reichsbank 145,25, Disc.-Comm. 176,62. Handels-Geſellſchaft —,—, Laurahütte 121 37, Dortmunder Union 93,37, Bergiſche 115,37, Rumäniſche Rente 93 87. Türken —,—, Italiener 89,00, Oeſterreichiſche Goldrente 76,87, Oeſterreichiſche Silberrente 65,25, do. Papierrente 63 12, Ungariſche Goldrente 94,75, 5proc. Ruſſen 1877 95,87, 4proc. do. 1880 75,75, Köln-Mindener —, —, Rheiniſche —, —, II. Orient-Anleihe 61 25 do. III. 61,00, Ruſſiſche Noten 213,75, Wiener Bankverein —. Buſchtiehrader 74,12.

Coupons. (Courſe nur für Poſten.) Oeſterr. Silberr.-Coup. 172,60 bez., do. Eiſenbahn-Coupon 172,60 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 40 Pf. t. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,1925 G., do. Eiſenb.-Prioritäten 4,1925 G., do. Papier-Dollar 4,1925 G., 6% New-York-City 4,1925 G., Ruſſ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 75 Pf. t. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warſchau, Ruſſ. Zoll 20,53 bez., 1822er Ruſſen —, Gr. Ruſſ. Staatsbahn — bez., Ruſſ. Boden-Credit —,— bez., Warſchau-Wiener Comm. — bez., Warſchau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombarden min. — Pf. Paris, Diverſe in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländiſche min. — Pf. Amſterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgiſche min. — Pf. Brüſſel, Berl. Lſtr.-Obligat. 20,42 bez.

⊕ **Breslau**, 15. Febr., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen ruhig, bei mäßigem Angebot Preiſe unverändert.

Weizen, zu notirten Preiſen mehr Kaufluſt, per 100 Kilogr. ſchleſiſcher weißer 18,80 bis 20,40—21,40 Mark, gelber 17,80—19,40 bis 20,40 Mark, feinſte Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, feine Qualitäten behauptet, per 100 Kilogr. 19,40 bis 20,10 bis 20,70 Mark, feinſte Sorte über Notiz bezahlt.

Gerſte ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 14,60 — 15,70 Mark, weiße 16,40 bis 17,00 Mark.

Hafer unverändert, per 100 Kilogr. 12,80—13,80—14,40—15,00 Mark, feinſter über Notiz bezahlt.

Mais gut behauptet, per 100 Kilogr. 13,00—13,30—13,60 Mark.

Erbſen ſchwach gefragt, per 100 Klgr. 17,50 — 18,50 — 20,50 Mark, Victoria- 20,00—21,00—21,50 Mark.

Bohnen ſchwach gefragt, per 100 Kilogr. 18,50—19,50—20,00 M.

Lupinen behauptet, per 100 Kilogr. gelbe 9,30—9,60—10,00 Mark, blaue 9,20—9,50—9,80 Mark.

Wicken gut gefragt, per 100 Kilogr. 12,80—13,00—14,00 Mark.

Oelſaaten preishaltend.

Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinſaat	26	—	24	50	23	—
Winterraps	23	50	22	75	21	75
Winterrübſen	22	75	22	—	21	25
Sommerrübſen	23	50	22	—	21	25
Leindotter	22	—	21	50	21	—

Rapskuchen unverändert, per 50 Kilogr. 6,90—7,10 Mark, fremde 6,50—6,70 Mark.

Leinkuchen in ruhiger Haltung, per 50 Kilogr. 9,40—60 Mark, fremde 8,40—8,80 Mark.

Kleeſamen ſchwacher Umſatz, rother behauptet, per 50 Kilogr. 34 bis 38—40—45 Mark, hochfeiner über Notiz, weißer unverändert, 40—52—58 bis 70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannenklee ruhig, per 50 Kilogr. 40—45—52 Mark.

Thymothee preishaltend, per 50 Kilogr. 23—25—27 Mark.

Mehl in ruhiger Stimmung, per 100 Kilogr. Weizen fein 30,25—31,25 Mark, Roggen fein 31,75—32,50 Mark, Hausbacken 30,50—31,50 Mark. Roggen-Futtermehl 11,00—12,00 Mark. Weizenkleie 9,25—9,75 Mark.

Heu 2,80—3,00 Mark per 50 Kilogr.

Roggenſtroh 21,00—24,50 Mark per Schock à 600 Kilogr

Berliner Börse vom 14. Februar 1881.

Fonds- und Geldcourse.

Deutsche Reichs-Anl.	4	101,00 bz
Consolidirte Anleihe	4½	105,60 bz
do. do. 1876	4	101,20 bzG
Staats-Anl	4	100,60 bzG
Staats-Schuldscheine	3½	98,00 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	151,75 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	104,00 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	104,20 bz
Pommersche	3½	91,30 bz
do.	4	100,00 bz
do.	4½	102,40 bz
do. Ldsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	99,75 bz
Schlesische	3½	— —
Ldschaftl. Central	4	99,80 B
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	100,50 bz
Pommersche	4	100,50 bz
Posensche	4	100,40 G
Preussische	4	100,30 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	— —
Sächsische	4	100,50 G
Schlesische	4	100,50 bz
Badische Präm.-Anl.	4	135,10 G
Baierische Präm.-Anl.	4	137,50 bzB
do. Anl. v. 1875	4	100,70 bz
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	131,70 bz
Sächs. Rente von 1876	3	78,80 bzG

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial Obl.	5	108,20 bzG
Unkb. Pfb. d. Pr. Hyp.-B	4½	103,00 B
do. do.	5	102,10 G
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb	4½	101,75 bzG
do do. do.	5	103,50 bzG
Unkdbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	— —
Kündbr. do. (1872)	5	106,40 bz
do. rückbz. à 110	5	112,20 bz
do. do. do.	4½	107,60 bz
Unk. H. d. Pr. Bd. Crd.-B.	5	109,00 bzG
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	5	102,75 bzG
Hyp. Anth. Nord-G.-C.B.	5	100,50 B
do. do. Pfandbr.	5	100,00 G
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	107,20 G
do. do. II. Em.	5	105,00 bzB
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	122,60 B
do. do. II. Em.	5	119,20 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	108,50 B
do. 4½ do. do. m. 110	4½	103,[illegible]0 bzG
Meininger Präm.-Pfd.	4	12[illegible],90 bz
Pfbd d. Oest Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr. Pfadbr.	5	104,60 bzG
do. do.	4½	104,70 bzB
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,80 G
do. do.	4½	102,30 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/4. 1/7.)	4⅕	65,20 bzB
do. (1/4. 1/10.)		65,20-10 bz
do. Goldrente	4	77,00 bzG
do. Papierrente	4⅕	63,30 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	112,75 B
do. Lott.-Anl. v. 60	5	122,80 bz
do. Credit-Loose	fr.	328,80 bzG
do. 64er Loose	fr.	316,50 bzB
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	148,00 bzB
do. do. 1866	5	147,00 bzB
do. Orient-Anl. v. 1.77	5	61 00 bz
do. II. do. v. 1878	5	61,30 bzG
do. III. do. v. 1879	5	61,00 bzG
do. Engl. v. 1871	5	92,30-40 bz
do. do. v. 1872	5	92,30-40 bz
do. Anleihe 1877	5	96,00 bzB
do. do. 1880	4	75,75 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	84,60 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	79,60 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	84,25 B
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	66,00 etbzB
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	57,10 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	p.l.J. r. 99,90G
do. 5% Anleihe	5	99,20 G
Ital. 5% Anleihe	5	89,30 G
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	93,20 bzG
Rumänische Anleihe	8	— —
Rumän. Staats-Obligat.	6	94,00 bz
Türkische Anleihe	fr.	13,75 etbzB
Ungar. Goldrente	6	94,80 bz
do. Loose (M. p. St.)	fr.	218,00 bzG
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	92,00 bzG
Finnische 10 Thlr.-Loose		50,10 bz
Türken-Loose 40,80 etbzG		

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg. Märk. Serie II.	4½	103,00 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	92,30 bzG
do. do. VI.	4½	105,00 G
do. Hess. Nordbahn	4½	103,10 G
Berlin-Görlitz conv.	4½	102,80 G
do. B	4½	101,60 G
do. Lit. C	4½	101,50 G
Bresl.-Freib. Lit. D. E. F	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	103,00 B
do. do. J.	4½	103,00 B
do. do. K.	4½	103,00 bzB
do. von 1876	5	106,10 G
Breslau-Warschauer	5	102,90 bzB
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	100,25 G
do. Lit. B.	4½	102,60 G
do. IV.	4	100,25 bzG
do. V.	4	100,25 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	103,90 bzG
Märkisch-Posener	4½	102,90 B
Niederschles.-Märk. I.	4	100,40 bz
do. do. II.	4	100,00 B
do. Obl. I. u. II.	4	100,40 B
do. Obl. III.	4	100,10 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	100,80 G
do. D.	4	100,00 G
do. E.	3½	92,80 G
do. F.	4½	103,90 B
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	103,75 bz
do. von 1873	4	— —
do. von 1874	4½	— —
do. von 1879	4½	104,75 G
do. von 1880	4½	103,80 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb	5	— —
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	103,10 G
do. do. III. Em.	4½	103,10 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	89,50 G
Ostpreuss. Südbahn	4½	102,00 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	104,80 B
Schlesw. Eisenbahn	4½	103,00 G
Charkow-Asow gar.	5	98,00 B
do. do. in Pfd. Sterl.	5	93,40 B
Charkow-Kremensch. gar.	5	97,30 bz
do. do. in Pfd. Sterl.	5	— —
Rjäsan-Koslow gar.	5	101,40 bz
Dux-Bodenbach	5	85,75 etbzG
do. II. Emission	5	84,80 bz
Prag-Dux	fr.	60,10 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	89,40 bzG
do. do. neue	5	80,00 bzG
Kaschau-Oderberg	5	80,50 bz
do. Gold-Prior.	5	94,40 bz
Ung. Nordostbahn	5	74,80 bzG
Ung. Ostbahn	5	73,10 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	79,20 G
do. do. II.	5	85,70 bzG
do. do. III.	5	79,50 G
do. do. IV.	5	78,10 bzG
Mährische Grenzbahn	5	69,50 bzG
Mähr. Schl. Centralbahn	fr.	34,00 bzG
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	84,40 bzG
Oesterr.-Französische	3	378,75 bzG
do. do. II.	3	369,00 G
do. südl. Staatsbahn	3	281,00 bzG
do. neue	3	281,40 bzG
do. Obligationen	5	97,40 bzG
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	100,90 bzG
Warschau-Wien II.	5	— —
do. III.	5	102,75 B
do. IV.	5	101,90 bz
do. V.	5	101,90 bz
do. VI.	5	102,75 bzG

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,55 bz
do do.	2 M.	3	168,05 bz
London 1 Lstr.	8 T.	3½	20,48 bz
do. do.	3 M.	3½	20,32 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3½	80,85 bzB
do. do.	2 M.	3½	80,45 bz
Petersburg 100 SR.	3 W.	6	212,50 bz
do. do.	3 M.	6	211,10 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	213,10 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	173,00 bz
do do.	2 M.	4	172,00 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 280,00 bz
Badische 35 Fl.-Loose 177,75 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 100,00 B
Oldenburger Loose 151,70 bzG

Ducaten 9,58 B	Dollar 4 21 G
Sovereigns 20,40 G	Oest. Bkn. 173,30 bz
Napoleon 16,23 B	do. Silbergd. 172,25 G
Imperials 16,67 G	Russ. Bkn. 213,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1879	1880		
Aachen-Mastricht	¾	—	4	35,25 bz
Berg.-Märkische	4¼	—	4	115,25 bzG
Berlin-Anhalt	5	—	4	118,75 bzG
Berlin-Dresden	0	—	4	17,75 bz
Berlin-Görlitz	0	—	4	24,10 bz
Berlin-Hamburg	12½	—	4	226,75 bz
Berl-Potsd.-Magdb.	4	—	4	— —
Berlin-Stettin	4¾	4¾	4¾	117,20 bzB
Böhm. Westbahn	6	—	5	111 30 bzG
Bresl.-Freib.	4¾	—	4	108,60 bz
Cöln-Minden	6	6	3	150,50 bzB
Dux-Bodenbach. B.	0	—	4	104,00 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	7,738	—	4	120,90 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	25,00 bzB
Kaschau-Oderberg	4	—	4	58,80 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	71,50 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	203,40 G
Märk.-Posener	0	—	4	30,00 bzB
Magdeb.-Halberst.	6	6	6	150,50 bzB
Mainz-Ludwigsh.	4	—	4	94 60 bz
Niederschl.-Mark.	4	4	4	100,25 G
Oberschl. A. C. D. E.	9⅗	—	3½	196,75 bz
do. B.	9⅗	—	3½	159,00 bz
Oesterr.-Fr. St.-E.	6	—	4	494,00-93,00
Oest. Nordwestb.	4	—	5	340,75 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	185,50-85,00
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	43,40 bz
Rechte-O.-U.-B.	7³/₁₀	—	4	144,25 b G
Reichenberg-Pard.	4	—	4½	61,90 bz
Rheinische	7	6½	6½	162,25 bzG
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	100,50 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	16,60 bz
Rumän. Eisenbahn	3⅗	3⅓	3⅓	56,50 B
Schweiz Westbahn	0	—	4	28,75 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	103,25 bz
Thüringer Lit. A.	8½	—	4	173,50 bz
Warschau-Wien	11⅔		4	288,00 bz
Weimar-Gera	4½	—	4½	51,00 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	—	5	54,40 bzG
Berlin-Görlitzer	3⅓	—	5	83,60 bzB
Breslau-Warschau	0	—	5	48,75 bz
Halle-Sorau-Gub.	3⅓	—	5	98,25 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	50,00 bzG
Märkisch-Posener	5	—	5	101,60 G
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	89 50 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	125,00 bzG
Marienburg-Mlawa	5	—	5	89,20 bzG
Ostpr. Südbahn	5	—	5	86,50 bzG
Posen-Kreuzburg	2¾	—	5	70,40 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7³/₁₀	—	5	143,25 bzG
Rumänier	8	—	8	— —
Saal-Bahn	0	—	5	62,25 bzB
Weimar-Gera	0	—	5	38,10 bzG

Bank-Papiere.

Allg. Deut.-Hand.-G.	4	6	4	87,00 G
Berl. Kassen-Ver.	8⁹/₁₀	9⁹/₁₀	4	171,50 G
Berl. Handels-Ges.	5	5½	4	101,00 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	4⅓	4½	4	77,00 bzB
Braunschw. Bank	4½	—	4	92,00 bzG
Bresl. Disc.-Bank	5½	—	4	94,50 G
Bresl. Wechslerb.	6	—	4	99,00 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	5	—	4	87,40 bz
Danziger Priv.-Bk.	5	—	4	110,50 G
Darmst. Creditbk.	9½	—	4	146,75 bzG
Darmst. Zettelbk.	5⅙	—	4	106,25 G
Dessauer Landesb.	6½	—	4	118 10 bzG
Deutsche Bank	9	—	4	147,40 bz
do. Reichsbank	5	—	4½	145,25 bzG
do. Hyp.-B. Berl.	6	—	4	91,00 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	10	—	4	176,00 bzG
do. ult.	10	—	4	176,10-76,60
Genossensch.-Bnk.	7	—	4	118,50 bzG
do. junge	7	—	4	— —
Goth. Grundcredb.	5	—	4	90,00 G
do. junge	5	—	4	91,60 etbzG
Hamb. Vereins-B.	7	6⅔	4	— —
Hannov. Bank	4½	—	4	104,40 bz
Königsb. Ver.-Bnk.	5	—	4	97,00 G
Ldw.-B. Kwilecki	4⅔	—	4	74,00 G
Leipz. Cred.-Anst.	10	—	4	148,60 bzG
Luxemburg. Bank	10	—	4	135,00 bzG
Magdeburger do.	5⅕	—	4	113,75 bz
Meininger do.	0	—	4	95,50 G
Nordd. Bank	10	10	4	162,75 G
Nordd. Grundcr.-B.	0	—	4	56,00 bzG
Oberlausitzer Bk.	4⅔	5⅚	4	92,00 bzB
Oest. Cred.-Actien	11¼	—	4	512,00-513,50
Posener Pro.-Bank	7	—	4	117,00 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	0	—	4	98,50 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	125,00 bzG
Preuss. Immob.-B.	—	—	4	107 00 bzG
Sächs. Bank	6	—	4	120,50 B
Schl. Bank-Verein	6	—	4	106,50 bzG
Wiener Unionsbk.	6	—	4	213,00 G

In Liquidation.

Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	11,00 G
Thüringer Bank	—	—	fr.	129,00 G

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	7,25 bzG
Märk. Sch. Masch. G	0	—	4	33 90 bz
Nordd. Gummifab.	1½	—	4	30 25 bz
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	2	—	4	89 50 bzB
Schles. Feuervers.	22	—	fr.	1080 B
Bismarckhütte	12	—	4	109,00 bzG
Donnersmarkhütt.	1½	—	4	62,10 bz
Dortm. Union	0	—	4	13,10 G
do. St.-P. Lit. A.	2	—	6	93 30 bzG
Königs- u. Laurah.	6½	—	4	120 75 bzG
Lauchhammer	0	—	4	35,50 bzB
Marienhütte	4	—	4	72,00 bzG
Cons. Redenhütte	8	—	4	139,50 G
do. Oblig.	6	6	6	104,00 B
Schl. Kohlenwerke	—	—	4	c. — —
Schl. Zinkh.-Actien	5½	—	4	96 00 B
do. St.-Pr.-Act.	5½	—	4½	104,50 bzG
do. Oblig.	5	5	5	106,50 bzB
Oppeln. Portl. Cem.	4¼	—	4	68,00 bzG
Groschowitzer dto.	4	6½	4	81,50 G
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	75,90 bzG
Vorwärtshütte	0	—	4	26,50 B
Bresl. E.-Wagenb.	3⅓	—	4	83,00 bzB
do. ver. Oelfabr.	7½	—	4	84,00 bzG
do. Strassenbahn	6¼	—	4	124,75 bzG
Erdm. Spinnerei	0	—	4	33,50 bzG
Görlitz. Eisenb.-B.	3	—	4	79,50 G
Hoffm. s Wag.-Fabr.	2	—	4	51,00 bzG
O.-Schl. Eisenb.-B	0	—	4	47,90 bzB
Schl. Leinenind.	6	—	4	95,75 B
do. Porzellan	2	—	4	26 60 B
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	36,50 bzG

Bank-Discont 4pCt
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Berlin, 14. Februar. [**Producten-Bericht.**] Der neue ernſtliche Winter, der ſich bei uns eingeſtellt hat, iſt nicht ohne Wirkung auf die Haltung unſeres Marktes geblieben, aber nur im Beginn deſſelben war das Uebergewicht der Kaufluſt deutlich ausgeſprochen, der Verlauf des Geſchäfts entſprach günſtigen Vorausſetzungen gar nicht. Roggen wurde anfänglich zu höheren Preiſen mehrfach gekauft auf Termine, etwas reichliches Angebot verdrängte die Beſſerung nahezu vollſtändig. Waare, mehr angeboten als begehrt, ließ ſich vortheilhafter als Sonnabend nicht verwerthen. — Roggenmehl etwas höher, aber matt zum Schluß. — Weizen wenig belebt. Verkäufer auf Termine mußten ſchließlich entgegenkommen. — Hafer feſt. Preiſe loco und auf Termine neigten zur Hauſſe. — Rüböl ſehr ruhig, doch eher feſter, weil Abgeber zurückhalten. — Petroleum feſt. — Spiritus, höher einſetzend, iſt unter ziemlich ergiebigem Angebot ſpäter merklich ermattet, ſchließt indeſſen noch etwas beſſer als Sonnabend.

Weizen loco 170—230 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, fein weiß polniſcher — M. ab Bahn bez., per Februar — Mark bez., per April-Mai 208—207 Mark bez., per Mai-Juni 208⅛—208 Mark bez., per Juni-Juli 209⅛—209 M. bez. Gek. — Centner. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 190—212 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, inländiſcher 204—207 Mark ab Bahn und Boden bez., klammer inländiſcher 190—200 M. ab Bahn bez., fein. inländ. 208—209 Mark ab Bahn und Boden bez., per Februar — Mark bez., per Februar-März — M. bez., per April-Mai 202—201¼—201¾ Mark bez., per Mai-Juni 195—195⅛ bis 194⅞ Mt. bez., per Juni-Juli 187—187⅛—186⅞ M. bez., per Juli-Auguſt 177⅞—178—176¾ M. bez., per Sept.-Oct. 172—172½—171⅞ M. bez. Gek. — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Gerſte loco 145—200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 143—168 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, oſt- und weſt- preußiſcher 150—158 Mark bez., ruſſiſcher 150 bis 153 M. bez., pommerſcher, mecklenburgiſcher und uckermärkiſcher 155 bis 158 M. bez., ſchleſiſcher 152—158 M. bez., böhm. 152—158 M. bez., fein weiß ruſſ. — Mark bez., neumärkiſcher — M. bez., galiziſcher — M. ab Bahn bez., fein weiß. mecklenburg. 159—161 M. ab Bahn bez., per Februar — Mark bez., per Februar-März — M. bez., per April-Mai 152⅛ M. bez., per Mai-Juni 153 Mark bez., per Juni-Juli 153⅛ Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Erbſen, Kochwaare 178—215 Mark, Futterwaare 162—177 Mark. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unverſteuert incl. Sack Nr. 00: 30,00—28,50 Mark, Nr. 0: 28,50 bis 27,50 Mark, Nr. 0 und 1: 27,50—26,50 Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unverſteuert incl. Sack Nr. 0: 29,25—28,00 Mark bez., Nr. 0 und 1: 27,75 bis 26,75 M. — Mais loco 143—147 Mark nach Qualität gefordert, per Februar 142 M. bez., per Februar-März 140 M. bez., per April-Mai 131 M. Br., 130½ M. Gd., per Mai-Juni 129½ M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sack: per Februar — M. bez., per Februar-März 27,90—27,80 M. bez., per März-April 27,80—27,70 M. bez., per April-Mai 27,70—27,65 M. bez., per Mai-Juni 27,10—27 Mark bez., per Juni-Juli 26,60—26,55 Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Rüböl loco pro 100 Kilo mit Faß 52,6 Mark bez., ohne Faß 52,3 Mark bez., per Februar 52,5 M. bez., per Februar-März 52,5 M. bez., per März-April 52,5 M. bez., per April-Mai 52,5 M. bez., per Mai-Juni 53 Mark Gd., per Juli — M. bez., per Sept.-October 55,2 Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. Leinöl 65 Mark bez. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Faß 28,8 M. bez., per Febr. 28,2 M. bez., per Febr.-März 27,9 M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 26,8 M. Gd., per Sept.-Oct. — M. bez. Gekünd. — Ctr. Kündigungspreis — M.

Spiritus loco ohne Faß 53,8 Mark bez., per Februar 54,5—54,7—54,6 M. bez., per Februar-März 54,5—54,7—54,6 Mark bez., per April-Mai 55,2 bis 55,4—55,2 M. bez., per Mai-Juni 55,3—55,5—55,3 M. bez., per Juni-Juli 56—56,2—56,1 M. bez., per Juli-Auguſt 56,6—56,9—56,7 M. bez., per Auguſt-September 56,8—56—56,9 Mark bez. Gekündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis 51,6 Mark.

Meteorologiſche Beobachtungen auf der königl. Univerſitäts-Sternwarte zu Breslau.

Febr. 14., 15.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	— 5°,6	— 5°,1	— 6°,6
Luftdruck bei 0° (mm)	749,7	750,4	750,4
Dunſtdruck (mm)	2,5	2,9	2,8
Dunſtſättigung (pCt.)	85	93	100
Wind	NW. 3.	NW. 3.	NW. 2.
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	bedeckt.

Waſſerſtand. Breslau, 15. Febr. O.-P. 5 M. 22 Cm. U.-P. — M. 74 Cm.
14. Febr. O.-P. 5 M. 16 Cm. U.-P. — M. 58 Cm.
Eisſtand.

[**Militär-Wochenblatt.**] Graf und Edler Herr zur Lippe-Bieſterfeld-Weißenfeld, Sec.-Lt. a. D., zuletzt von der Reſerve des Magdeburg. Kür.-Regts. Nr. 7, unter Ueberweiſung zum Reſerve-Landw.-Bat. (Glogau) Nr. 37, als Sec.-Lt., mit Patent vom 1. November 1875, bei der Landw.-Cavallerie wiederangeſtellt. Haunſchild, Oberroßarzt vom Schleſ. Feld-Art.-Regt. Nr. 6, zum 1. Rhein. Feld-Art.-Regt. Nr. 8, Rackow, Oberroßarzt vom 1. Rhein. Feld-Art.-Regt. Nr. 8, unter Belaſſung in ſeinem Commando als Inſpicient bei der Milit.-Roßarztſchule, zum Schleſ. Feld-Art.-Regt. Nr. 6, verſetzt. Strempel, Fortifikations-Secretär, zum Feſtungs-Inſp.-Secretär zu Poſen ernannt.

Aus Leſſing's Briefen.

In dieſen Tagen, in welchem durch die Säcularfeier von Leſſing's Todestage die öffentliche Aufmerkſamkeit in erhöhtem Maße auf den beſten Helden der deutſchen Literatur gelenkt wird, dürfte es an biographiſchen Erinnerungen an den großen Todten nicht fehlen. Sicherlich iſt aber Niemand ſo berufen, über Leſſing's Leben zu ſprechen, als Leſſing ſelbſt. Das „Berl. Tagebl." hat einige bemerkenswerthe Stellen aus Leſſing's Briefen herausgezogen; je ungezwungener und intimer ſich hier Leſſing gegen ſeine Freunde ausſpricht, je ſtrenger er dort ſeinen Schmerz zu verbergen ſucht, deſto ergreifender wird der Schmerz dieſes Dichter- und Denkerlebens auf den Leſer wirken.

Am 6. September 1759 ſchreibt L. auf die Nachricht vom Heldentode ſeines Freundes Ewald v. Kleiſt in einem Briefe an Gleim: Ach, liebſter Freund, es iſt leider wahr. Er iſt todt. Wir haben ihn gehabt .... Meine Traurigkeit über dieſen Fall iſt eine ſehr wilde Traurigkeit. Ich verlange zwar nicht, daß die Kugeln einen anderen Weg nehmen ſollen, weil ein ehrlicher Mann da ſteht. Aber ich verlange, daß der ehrliche Mann — Sehen Sie, manchmal verleitet mich mein Schmerz, auf den Mann ſelbſt zu zürnen, den er angehet. Er hatte drei, vier Wunden ſchon; warum ging er nicht? Es haben ſich Generals mit wenigeren und kleineren Wunden unſchimpflich bei Seite gemacht. Er hat ſterben wollen. Vergeben Sie mir, wenn ich ihm zu viel thue. Denn es kann doch wohl ſein, daß ich ihm zu viel thue. Er wäre auch an der letzten Wunde nicht geſtorben, ſagt man, aber er iſt verſäumt worden. Verſäumt worden! Ich weiß nicht, gegen wen ich raſen ſoll. Die Elenden, die ihn verſäumt haben! — Am 28. September 1768 aus Hamburg an Nikolai: Was ich in Rom will, werde ich Ihnen aus Rom ſchreiben. Von hier aus kann ich Ihnen nur ſo viel ſagen, daß ich in Rom wenigſtens eben ſo viel zu ſuchen und zu erwarten habe, als an einem Orte in Deutſchland. Hier kann ich des Jahres nicht für 800 Rthlr. leben, aber in Rom für 300 Rthlr. So viel kann ich ungefähr noch mit hinbringen, um ein Jahr da zu leben; wenn das alle iſt, nun, ſo wäre es auch hier alle, und ich bin gewiß verſichert, daß es ſich luſtiger und erbaulicher in Rom muß hungern und betteln laſſen, als in Deutſchland. — Aus Wolfenbüttel, den 10. Juni 1770, an Eva König, ſeine Braut: Leben Sie recht wohl, meine liebe Freundin und bedenken Sie fein, daß der Menſch nicht allein von geräuchertem Fleiſch und Spargel, ſondern, was mehr iſt, von einem freundlichen Geſpräch, mündlich oder ſchriftlich, lebet. — Aus Wolfenbüttel, den 29. November 1770, an Eva König: Sie haben von Jemanden ſchreiben gelernt, der das Papier nicht zu ſchonen brauchte. Wir Schriftſteller aber müſſen ganz klein ſchreiben lernen, ſonſt kriegen wir auch nicht einmal das Papier bezahlt. — Am 30. April 1774 an ſeinen Bruder Karl: Aber ſo iſt es nun einmal in der Welt! Das zahme Pferd wird im Stalle gefüttert und muß dienen, das wilde in ſeiner Wüſte iſt frei, verkömmt aber vor Hunger- und Elend ... Es iſt nie mein Wille geweſen, an einem Orte wie Wolfenbüttel von allem Umgange, wie ich ihn brauche, entfernt, Zeit meines Lebens Bücher zu hüten. Morgen thue ich das ſchon vier Jahre, und da ich es nur allzuſehr empfinde, wie viel trockner und ſtumpfer ich an Geiſt und Sinnen dieſe vier Jahre trotz aller meiner ſonſt erweiterten hiſtoriſchen Kenntniß geworden bin, ſo möchte ich es um Alles in der Welt willen nicht noch 4 Jahre thun. Aber ich muß es auch nicht 1 Jahr mehr thun, wenn ich noch ſonſt etwas in der Welt thun will ...... ich habe den ganzen Winter nichts gethan und bin ſehr zufrieden, daß ich mir das eine große Werk von Philoſophie (oder Poltronnerie) zu Stande gebracht, — daß ich noch lebe. Gott helfe mir in dieſem edlen Werke weiter, welches wohl werth iſt, daß man alle Tage darum ißt und trinkt. — Am 23. Juni 1776 an Eva König, nachdem ſeine Beſoldung auf 900 Thaler erhöht worden war; Worüber Sie ſich vielleicht am meiſten wundern werden, iſt dieſes, daß ich nicht umhin gekonnt, den Hofrathstitel mit anzunehmen. Daß ich ihn nicht geſucht, ſind Sie wohl von mir überzeugt, daß ich es ſehr deutſch herausgeſagt, wie wenig ich mir daraus mache, können Sie mir auch glauben. Aber ich mußte endlich beſorgen, den Alten (den Herzog) zu beleidigen. — Am 8. October 1776 vermählte ſich L. mit Eva König. Am 25. December 1777 gebar ſie ihm ein Kind, das nach wenigen Stunden ſtarb. Eva ſelbſt ſchwebte in Lebensgefahr. L. ſchreibt am 31. December an Eſchenburg: Ich ergreife den Augenblick, da meine Frau ganz ohne Beſonnenheit liegt, um Ihnen für Ihren gütigen Antheil zu danken. Meine Freude war nur kurz. Und ich verlor ihn ſo ungern, dieſen Sohn! Denn er hatte ſo viel Verſtand! ſo viel Verſtand! — Glauben Sie nicht, daß die wenigen Stunden meiner Vaterſchaft mich ſchon zu ſo einem Affen von Vater gemacht haben! Ich weiß, was ich ſage. — War es nicht Verſtand, daß man ihn mit eiſernen Zangen auf die Welt ziehen mußte? Daß er ſo bald Unrath merkte? — War es nicht Verſtand, daß er die erſte Gelegenheit ergriff, ſich wieder davon zu machen? — Freilich zerrt mir der kleine Ruſchelkopf auch die Mutter mit fort! — Denn noch iſt wenig Hoffnung, daß ich ſie behalten werde. — Ich wollte es auch einmal ſo gut haben, wie andere Menſchen. Aber es iſt mir ſchlecht bekommen. — Am 10. Januar ſtirbt Eva Leſſing. L. ſchreibt an Eſchenburg: Meine Frau iſt todt, und dieſe Erfahrung habe ich nun auch gemacht. Ich freue mich, daß mir viel dergleichen Erfahrungen nicht mehr übrig bleiben können zu machen, und bin ganz leicht.

[**Die Leſſingfeier und die Mitglieder der kronprinzlichen Familie.**] Die „Kiel. Ztg." berichtet, daß Prinz Heinrich der in Kiel zu veranſtaltenden Gedenkfeier des 100jährigen Sterbetags Leſſings beiwohnen werde.

Literariſches.

Soeben erſchien: Zum 27. Februar 1881: „Iron und Iſolde von **Brandenburg.**" Ein altdeutſches Sagenbild und „Der Bär von Berlin". Der Verfaſſer Prof. Paulus Caſſel hat ſeit langen Jahren vaterländiſchen Studien Geiſt und Herz zugewandt. Der Verfaſſer der „deutſchen Reden aus dem Jahre 1870" verſuchte in jenen Tagen ſeine bewährte Ortsnamenforſchung an den Namen „Hohenzollern" und „Berlin". In dieſer neuen Schrift ſtellt er eine noch nie behandelte Sage als eine altdeutſche intereſſante Novelle dar, deren Idee weit in das Volksleben zurückgreift. Iron von Brandenburg iſt ein Markgraf, den wenige kennen. Als Anhang giebt er die unwiderlegliche Deutung des Berliner Stadtwappens, des Bären, der dabei ein Stück ſymboliſcher Naturgeſchichte erfährt. Ein patriotiſcher Anlaß iſt auch Urſache zur Herausgabe der Schrift geworden. Es iſt der 27. Februar, dem ſie gewidmet iſt.

Der Parlamentarismus wie er iſt. Von Lothar Bucher. 1881. Verlag von Carl Krabbe in Stuttgart. Dieſe hochintereſſanten Memoiren eines dem Reichskanzler ſo naheſtehenden Mannes werden nicht verfehlen, großes Aufſehen zu machen. Wie der Verfaſſer im Vorwort ſelbſt ſagt, fällt die Entſtehung des Buches in die beginnende Umwandlung der demokratiſchen Partei, der er 1848 angehört hatte; daſſelbe bezeugt zugleich die Umwandlung, die mit ihm ſelbſt vorging und vorgehen mußte, weil er reiche Gelegenheit zum Lernen fand und benutzte. Die Tendenz der Schrift iſt gegen die mythologiſchen Vorſtellungen gerichtet, welche die deutſchen Altliberalen und auch die Demokraten von dem engliſchen Staatsweſen hatten, gegen die monotone Forderung nach „Parlamentarismus auf allen Gebieten" und gegen die falſche Annahme, daß die engliſche Verfaſſung das unübertreffliche Muſter einer ſolchen, und daß es möglich ſei, dieſe aus lauter Compromiſſen entſtandene, England auf den Leib zugeſchnittene Verfaſſung ohne Weiteres auf continentale Zuſtände, wo alle Grundlagen hierfür fehlen, überzutragen. Da ähnliche Vorſtellungen noch heute exiſtiren und ähnliche Forderungen noch jetzt geſtellt werden, trotzdem daß wir bereits Parlamentarismus auf allen Gebieten haben, ſo iſt die Publication heute ſehr zeitgemäß. Manche Verhältniſſe ſcheinen ſich ähnlich wie 1852—54 zu entwickeln und mancher Satz in der Schrift wird vielleicht als Prophezeiung ſich bewahrheiten und citirt werden. Wir empfehlen die Lectüre dieſes Buches, das ſich durch Klarheit der Darſtellung und durch einen äußerſt lebendigen, feſſelnden Stil in hohem Grade auszeichnet, allen Gebildeten.

Muſeum. Sammlung literariſcher Meiſterwerke. In neuer Rechtſchreibung. Billigſte Ausgabe in eleganter Ausſtattung. (Elberfeld, Eduard Loll's Nachfolger.)

Die obengenannte Verlagsbuchhandlung hat ſich die Aufgabe geſtellt, in ihrer Sammlung von literariſchen Meiſterwerken aller Nationen die neue Rechtſchreibung anzuwenden und ihre höchſt eleganten Ausgaben zu einem Preiſe, wie er bisher noch nicht dageweſen, dem deutſchen Volke zu bieten. Erſchienen ſind bis jetzt bereits 20 Schriften von Schiller, Goethe, Leſſing, Herder, Voß, Shakeſpeare, Molière, Kleiſt, Immermann und andere. Wie aus der Höhe der Nummern, welche die einzelnen Bändchen tragen, zu erſehen, iſt das Unternehmen auf breiteſter Baſis angelegt und ſoll ſich, dem Augenſchein nach, zu einer Sammlung der Meiſterwerke aller literariſch bedeutenden Völker erweitern. Die einzelnen Bändchen, welche jedesmal ein ganzes Werk umfaſſen, ſind in Klaſſikerformat auf feinem weißen Velinpapier klar, ſauber und mit ſchönen, großen und deutlichen Typen gedruckt. Rühmend müſſen wir noch hervorheben, daß ſich die Interpunction als durchaus correct, der Text als frei von Druckfehlern zeigt, und daß die Dramen, welche die Sammlung bringt, den Vorzug deutlicher Versabtheilung beſitzen, welcher allen billigen Ausgaben, ſoviel uns bekannt iſt, fehlt.

Die Sammlung altdeutſcher Werke in neuen Bearbeitungen welche von dem Förſter'ſchen Verlage in Staßfurt und Leipzig edirt wird, iſt um zwei neue Hefte bereichert worden. Das erſte hiervon bringt uns **Ulrich Boner's „Edelſtein"**, die bekannteſte und beſte Fabelſammlung des Mittelalters, ſprachlich erneuert von Dr. Max Oberberger und das aus dem 16. Jahrhundert: **Rollwagenbüchlein** des Elſäſſers **Jörg Wickram.** Ausgewählt und verhochdeutſcht von Hugo Müller, eine Reihe von kleineren Erzählungen, Schwänken und Anekdoten, das gleichfalls ſich ein dauerndes Gedächtniß in unſerer Literaturgeſchichte erworben hat. Wie man ſieht, iſt das verdienſtvolle Unternehmen, welches ſich zum Ziele ſetzt, dem Volke die ſchwerer zugänglichen Schätze ſeiner Nationalliteratur zu erſchließen, im raſchen Fortſchreiten begriffen.

W. F. **A-B-C-Buch für freiſinnige Wähler**, ſo heißt die neue, auf die Reichstagswahlen berechnete, bis zu 212 engen Druckſeiten vergrößerte Umarbeitung eines zu den Preußiſchen Landtagswahlen 1879 verfaßten Buches (Der liberale Urwähler). Es enthält in 180 nach dem Alphabet geordneten Artikeln ein vollſtändiges Arſenal von Angriffswaffen zur Bekämpfung der Gegner der Liberalen, insbeſondere der Fortſchrittspartei, und iſt in einem Nachtrage bis zum 31. Januar 1881 fortgeführt. Portofrei zu beziehen gegen Einſendung von 1,20 M. (Partien von 5 Exemplaren und mehr von 80 Pfennig pro Exemplar) von der Buchhandlung von C. Barthel in Berlin S., Alexandrinenſtraße 32.

Deutſche Revue, herausgegeben von Richard Fleiſcher, Verlag von Otto Janke in Berlin. Das Februarheft dieſer gediegenen inhaltsreichen Zeitſchrift beginnt mit einem aus beſtunterrichteter Feder ſtammenden Artikel über „Die politiſchen Wirren in Oeſterreich", in welchem auf die Gefahr hingewieſen wird, die dem geſammten öſterreichiſchen Staatsweſen aus der Schwächung des Deutſchthums erwachſen muß. Es folgen politiſche Briefe aus Italien, die viele unbekannte Documente über die Betheiligung Italiens an der Berliner Conferenz veröffentlichen. Hieran ſchließt ſich der Anfang einer ſpannenden, von genauer Kenntniß der türkiſchen geſellſchaftlichen Verhältniſſe zeigenden Novelle von O. Ernſt, „Die Töchter des Paſchas" und A. F. Graf v. Schack erzählt in dem Gedicht „Ein Maler" von den Seelenkämpfen eines nach dem Idealen ſtrebenden Künſtlers. G. A. von Klöden giebt in dem Aufſatz „Buddha" ein abgerundetes Bild des Lebens und der Lehre des Weltweiſen auf Grund neueſter Forſchungen. Profeſſor Vogel, Director der Sonnenwarte in Potsdam, ſchildert unſer Planetenſyſtem und die Planeten, Th. Fiſcher in Kiel unterrichtet uns über die Bedeutung der Dattelpalme im Cultur- und Geiſtesleben des Orients. Es folgt ein Beitrag von E. Laspeyres „zur Lage der deutſchen Induſtrie", Miniſterial-Director a. D. Th. Weishaupt beſpricht das Project einer Simplon-Eiſenbahn, C. Gareis giebt einen hiſtoriſchen Ueberblick über die Expanſionskraft des deutſchen Volkes, Prof. Eulenburg klärt uns über den gegenwärtigen Stand der Frage der „metalliſchen Heilwirkungen" auf, und E. Naumann giebt in ſeinen „Muſikaliſchen Aphorismen" eine reiche Anregung zum Verſtändniß unſerer claſſiſchen Meiſter. — Eine literariſch-kritiſche Umſchau bildet den Schluß des reichhaltigen Heftes.

Dr. Somerville aus Schottland.
In Liebich's Etabliſſement heute, Dinstag, 8 Uhr Abends:
Anſprache des Paſtors
Dr. Somerville aus Schottland
mit Hilfe eines Dolmetſchers. [3478]
Zutritt für Jedermann frei.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.